Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

urn:nbn:de:gbv:45:1-42659

Visual Library

267

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschl. Bringerlohn 1,20 Mk, bei Selbstabholen von der Expedition 1,10 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 3,60 Mk., für zwei Monate 2,40 Mk., monatlich 1,20 Mk. einschl. Bestellgeld.

Redaktion und Hauptexpedition Peterstr. 76
Fernsprechanschluß 58, Amt Wilhelmshaven
— Filiale Ulmenstraße 24. —

Bei den Inseraten wird die 7-gespaltene Petitzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend, sowie der Filialen mit 25 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 35 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unverbindlich. Reklamezeile 85 Pf.

52. Jahrgang. Rüstringen, Freitag, den 22. Februar 1918. Nr. 45.

Heeresberichte.

(W. T. B.) Berlin, 20. Febr., abends. (Amtlich.) Im Osten geht die Bewegung vorwärts.

Deutsche Truppen sind in Esthland eingerückt.

Wenden wurde in östlicher Richtung durchschritten.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

(W. T. B.) Wien, 20. Februar. Amtlich wird verlautbart:

Auf dem Monte Pertica scheiterte ein feindlicher Angriff unter schweren Verlusten für den Gegner.

An der übrigen Front stellenweise lebhafte Artillerietätigkeit.

Truppen der Heeresgruppe Linsingen sind in Richtung Rowno weiter vorgerückt.

Der Chef des Generalstabes.

Der russische Funkspruch.

Unter Protest hat die Bolschewistenregierung in Petersburg sich zur Unterzeichnung eines Friedens bereit erklärt, den sie vor einigen Tagen noch als imperialistisch zu unterzeichnen ablehnte. Damit haben Lenin und Trotzky sich nicht gerade als besonders gute Taktiker erwiesen. Wenn sie auch nur einigermaßen mit einem solchen Ausgang der Sache rechnen mußten — und das mußten sie nach den Erklärungen des deutschen Staatssekretärs nach dem bekannten einseitigen Abbruch des Krieges —, dann dursten sie es auf keinen Fall soweit kommen lassen, wie es jetzt gekommen ist. Damit haben sie sich nicht nur selbst einen schlechten Dienst erwiesen, sondern sie haben die imperialistischen Tendenzen in Deutschland in einer Weise gestärkt und ermuntert und ihnen zu einem vollen Erfolg verholfen, wie es gründlicher gar nicht geschehen konnte und bei einer klügeren Haltung der Petersburger Regierung niemals geschehen wäre.

Diese Feststellung muß gemacht werden, ganz gleichgültig, wie man sonst zu der Haltung der eigenen Regierung in dieser Frage stehen mag. Wir haben schon vor einigen Tagen zum Ausdruck gebracht, daß wir uns eine andere und bessere Politik im Osten denken können, als sie von der Regierung Hertlings zur allgemeinen Freude aller Eroberungspolitiker getrieben worden ist, und daß die Sozialdemokratie das fordert.

Es entsteht die Frage, was wird nun werden? Staatssekretär v. Kühlmann hat sich über die Möglichkeit des Friedensschlusses im Osten mit Großrußland nur sehr skeptisch ausgesprochen. Solange die Tinte nicht unter den Dokumenten sitzt, steht er der bolschewistischen Regierung vorsichtig gegenüber. Er mag dazu unter voller Kenntnis der deutschen Absichten allen Grund haben, besonders wenn in Betracht gezogen wird, daß er die Einleitung des Telegrammes aus Petersburg, die einen Protest gegen den deutschen Vormarsch enthält, nicht mitteilte, sondern für sich behielt und erst dem Sprecher der Sozialdemokratie, Genossen David, überließ, sie mitzuteilen. Der russische Funkspruch erhält durch diese Einleitung indessen erst seinen vollen Sinn. Die bolschewistische Petersburger Regierung erklärt also in ihrem Funkspruch ausdrücklich, sich nur der Gewalt zu fügen.

Das deutsche Volk hätte es aber auch sehr gern gesehen, wenn der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen zugleich näheres über die deutschen Bedingungen mitgeteilt hätte, unter denen nunmehr Frieden geschlossen werden soll. Nach der Kapitulation, denn einer solchen kommt die bolschewistische Erklärung gleich, hätten selbst vom Standpunkt eines eingefleischten Geheimdiplomaten aus genauere Mitteilungen über die deutschen Absichten keinen Schaden mehr anrichten können. So werden wieder die größten Ueberraschungen in die Verhandlungen selbst verlegt und aus ihnen wird das deutsche Volk erst erfahren, unter welchen mehr oder weniger weitgehenden Bedingungen die eigene Regierung Frieden zu schließen gedenkt.

Wenn nicht alles täuscht, besteht schon heute bei der Reichsregierung die Absicht, die in Brest-Litowsk mitgeteilten Bedingungen nicht unerheblich zu erweitern. Die Forderung der Abtrennung der baltischen Provinzen von Rußland wird wahrscheinlich ergänzt werden durch die Forderung, daß ganz Livland und Esthland — bisher handelte es sich nur um die von den deutschen Truppen besetzten Teile — selbständig gemacht werden sollen.

Der nationalliberale Eroberungspolitiker Stresemann und der konservative Gewaltfriedenspolitiker Graf Westarp haben gestern ja schon im Reichstage ihre Wünsche formuliert: Räumung ganz Livlands und Esthlands, Räumung Finnlands und der Ukraine durch die russischen Truppen. Das wurde als das mindeste bezeichnet, was gefordert werden müsse. Und die Regierung hat dazu geschwiegen, ja, der Staatssekretär hat in seiner Rede sogar Andeutungen gemacht, die darauf schließen lassen, daß die Reichsregierung im großen und ganzen hinter diesen Forderungen steht. Das Berliner Tageblatt bemerkt demgegenüber sehr richtig:

„Herr von Kühlmann motiviert den deutschen Vormarsch im Osten vor allem mit den Hilferufen aus Finnland, Estland und Livland und damit, daß wir die Vergewaltigung Finnlands nicht zulassen können. So große und ehrliche Sympathien jeder für diese Länder und ihre Bevölkerung hat, können wir doch nicht vergessen, daß Finnland auch früher andauernd vergewaltigt wurde, ohne daß Deutschland eingeschritten wäre, und aus diesen und aus anderen Gründen hätten wir es lieber gesehen, wenn in erster Linie die deutschen Interessen dargelegt worden wären, die zu den jetzt in der Ausführung begriffenen Beschlüssen geführt haben."

Es ist unter den herrschenden Verhältnissen natürlich nicht ausgeschlossen, daß die Forderungen russischerseits bewilligt werden müssen. Der Druck der Kanonen und Bajonette wird das wahrscheinlich erzwingen. Es frägt sich aber, wie das Verhältnis der beiden Länder sich dann in Zukunft zueinander gestalten wird und ob sich nicht aus einem solchen Frieden ein zweites Reichsland im Osten entwickelt mit all den bösen Folgen des westlichen. Die Frage, wie die große Masse des livländischen Volkes und der esthländischen Bevölkerung — denn der dort wohnende deutsche Adel macht kaum vier Prozent der Bevölkerung aus — über die Anlehnung an Deutschland und die Abtrennung von Rußland denkt, wollen wir zunächst noch ganz unerwähnt lassen, trotzdem sie eigentlich das Alpha und Omega jedes Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist, das die Mittelmächte doch angeblich anerkannt haben wollen.

Zunächst gehen übrigens die militärischen Operationen weiter. Sie werden erst eingestellt werden, bis eine schriftliche Bestätigung des Funkspruches nach den deutschen Linien gelangt ist. Und das wird wahrscheinlich so lange dauern, bis die Punkte von den Truppen erreicht sind, die erreicht werden sollten und bis zu denen die künftigen Grenzen Livlands und Esthlands gehen sollen.

•

Trotz dieser Entwickelung der Verhältnisse sind die Alldeutschen und die Vaterlandsparteiler mit Herrn v. Kühlmann gar nicht recht zufrieden. Sie mißtrauen ihm jetzt erst recht und meinen, er sei nicht entschlossen, aus der militärischen Lage herauszuholen, was sich nach ihrer Meinung herausholen lasse. Schließlich sehen sie auch jetzt den Zeitpunkt für gekommen, ihn durch einen Politiker zu ersetzen, der nach den Rezepten eines Dr. Eisenbart die unterlegenen Feinde behandelt. Die Deutsche Tageszeitung redet von einer neuen Trotzkischen Friedensfalle und verzapft in einem Artikel unter der Ueberschrift Kühlmanns östliche Hoffnungen allerlei Anzüglichkeiten gegen den Staatssekretär, von dem sie zum mindesten erwartet, daß er sich nunmehr endgültig von den Schlagworten lossagt, mit denen er zum ersten Male nach Brest-Litowsk ging. Aber auch die eroberungslüstige Weserzeitung läßt sich schreiben:

Selbst unter Anrechnung des bei unseren Regierungsstellen bekannten Mangels an Regieführung darf man sagen, daß die Erwartungen, die sich an den Tag knüpften, da dem Deutschen Reichstag der erste Friedensvertrag zur Diskussion vorlag, bitter enttäuscht wurden. Wenn man aus Brest-Litowsk mit einem Frieden zurückkommt, der allerdings nur ein Teilfriede ist, von dem man aber selber sagt, daß er die Vorstufe zum allgemeinen Frieden ist, und wenn man weiter ein Telegramm in der Tasche hat des Inhalts, daß die russische Regierung bereit ist, Frieden zu schließen unter den Bedingungen, die der Vierbund gestellt hat, so mag man freudig, frisch und zuversichtlich in die Welt blicken, wenn man auch Petersburger Funkentelegrammen gebührendes Mißtrauen entgegenbringt. Wenn man aber gleich einem Lohgerber dasteht, und benebelten Sinnes den Fellen nachschaut, die der Fluß dahinschwemmt, dann mag man so sprechen, wie heute Herr von Kühlmann sprach, matt, energielos. Es war eine Rede, die daran krankte, daß sie im wesentlichen bereits am Vortage im Hauptausschuß gehalten worden war. Welche Energie des Tones und der Geste glaubte Herr von Kühlmann aufbringen zu müssen, als es sich seinerzeit darum handelte, zu erklären, daß Elsaß-Lothringen für uns keine Frage sei. Und wie matt und farblos glitt aus seiner Führung der erste Friedensvertrag in unser Bewußtsein hinein. Wollte er dokumentieren, daß der bisher gute Fortgang der östlichen Liquidation nicht seinen Absichten entsprach? Zu ihrem Inhalt bleibt nichts zu sagen, was nicht schon gesagt worden ist. Die große Linie, die uns die Stellungnahme der Regierung zu den östlichen Friedensfragen hätte zeigen können, fehlte und wir nehmen an, daß Herr von Kühlmann es für wünschenswert hält, seine Ziele nicht zu früh bekannt zu geben. Denn daß er Ziele hat, wagen wir einstweilen nicht zu bezweifeln.

Ja, ja, die große Linie. Wie schön wäre es doch für die menschenfreundlichen Leute von der Weserzeitung gewesen, wenn Herr v. Kühlmann eine Kanonensiebelgerde gehalten hätte etwa wie Herr Stresemann oder Graf Westarp. Aber so wissen die Herren ja wieder nicht, ob ihre Eroberungspläne nicht doch noch von der kühlen Vernunft auf ein erträgliches Maß zurückgeschraubt werden.

Vor den Friedensverhandlungen mit Rumänien.

Der neue rumänische Ministerpräsident Avarescu ist nach Meldungen des Berliner Lokalanzeigers aus Bukarest, die sich wieder auf Berichte der ungarischen Zeitung Az Est stützen, in Bukarest eingetroffen, um mit rumänischen Politikern, von denen sich eine ganze Anzahl bekanntlich noch im Okkupationsgebiet befinden und von denen der neue Ministerpräsident wahrscheinlich einige in sein Ministerium berufen will, zu konferieren. Die Reise des rumänischen Ministerpräsidenten in das von den deutschen Truppen besetzte Gebiet wurde vom Oberkommando gestattet. Indessen soll aber noch ungewiß sein, ob die kommenden Friedensverhandlungen in Bukarest oder in Focsani stattfinden werden.

Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen, v. Kühlmann, ist gestern abend nicht nach Rumänien gereist. Die neuen Ereignisse im Osten, insbesondere der russische Funkspruch, machen seine Anwesenheit in Berlin dringend erforderlich. Wenn die Verhandlungen mit Rumänien trotzdem bereits am Freitag, wie verlautet, beginnen sollen, wird sich der Staatssekretär vertreten lassen. Wer mit dieser Vertretung beauftragt werden wird, darüber verlautet indessen noch nichts.

Die Wirren in Rußland.

Der Gegenrevolutionär Kaledin erschießt sich.

(W. T. B.) Stockholm, 20. Februar. Die Petersburger Telegr.-Agentur meldet: Kaledin tötete sich im Laufe einer Sitzung der Donregierung, welche versuchte, die Angelegenheiten des Dongebietes zu leiten. Nach längeren Beratungen entschloß sich die Regierung, ihre Vollmachten zugunsten der Sowjets niederzulegen. Kaledin begab sich darauf in einen anderen Saal und schoß sich eine Kugel ins Herz. Zu seinem Nachfolger wurde General Nasaroff ernannt, der Befehl zur allgemeinen Mobilisierung der Kosaken und der nichtkosakischen Bevölkerung zum Kampf gegen die Truppen der Sowjets erteilte. Eine Versammlung von Kosaken und Arbeitern in Orenburg beauftragte den Rat der Volksbeauftragten als die wahren Vertreter der siegreichen Arbeiterbevölkerung.

Das gleiche Wahlrecht in der Wahlrechtskommission abgelehnt.

Die Beratungen in der Wahlrechtskommission des preußischen Abgeordnetenhauses haben gestern zu einem entscheidenden Ergebnis geführt. Eine Mehrheit, von zwanzig Abgeordneten, und zwar zwölf konservative, vier freikonservative und vier nationalliberale hat durch Annahme eines Pluralwahlrechtsantrages das gleiche Wahlrecht abgelehnt, die Minderheit der Kommission bestand aus fünfzehn Stimmen.

Der Beschluß wurde von der Kommission gefaßt, trotzdem der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg und der Minister des Innern v. Drews wiederholt erklärt hatten, daß alle Anträge für die Staatsregierung unannehmbar werden würden, die darauf hinauslaufen, die Einführung des gleichen Wahlrechts zu verhindern.

Das dieser Beschluß zustande kam, dafür tragen in aller erster Linie die Nationalliberalen die Schuld. Die nationalliberale Landtagsfraktion bringt keine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht zustande, der rechte Flügel hat in der Fraktion unverkennbar die Oberhand. Eine Fraktionssitzung, die gestern abgehalten wurde, ergab, daß sich nur 25 Abgeordnete für das gleiche Wahlrecht erklärten, während die Mehrheit von 44 Abgeordneten dagegen stimmten.

Diese Haltung der Nationalliberalen gefährdet das Zustandekommen der preußischen Wahlrechtskommission überhaupt auf das schwerste. An den umgefallenen Nationalliberalen werden die Freikonservativen ihre Stütze finden, die bisher nicht ohne weiteres wagten, offen gegen das gleiche Wahlrecht nach dem Versprechen in der königlichen Botschaft aufzutreten.

Nun hat die preußische Staatsregierung das Wort. Der Reichskanzler ließ erst vor wenigen Wochen in der Nordd. Allgem. Ztg. erklären, daß er nach wie vor an der Durchführung der preußischen Wahlreform festhalte und daß er die notwendigen verfassungsrechtlichen Folgerungen ziehen würde, wenn etwa im Abgeordnetenhause keine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht vorhanden sein sollte. Eine ausgiebige Beratung der wichtigen Reform wolle er zwar zugestehen, aber die Regierung stehe fest auf den Boden des königlichen Versprechens und werde es durchzusetzen wissen.

Landesbibliothek Oldenburg

Nach der Sachlage in der Kommission wird sich die Staatsregierung langsam auf ihre verfassungsmäßigen Mittel vorbereiten können, die die Reform durchsetzen sollen. Denn die Konservativen — das haben wir von Anfang an von ihnen angenommen — werden sich bestimmt nicht selbst den Ast absägen, auf dem sie in Preußen und damit auch im Reiche sitzen. Die Regierung wird also etwas tun müssen, das den Widerstand der preußischen Konservativen überwindet. Wir wünschen ihr dazu nur die Energie der preußischen konservativen Abgeordnetenhausfraktion.

Politische Rundschau.

Rüstringen, 21 Februar.

Die Verwendung der Militär- und Marinekantinengelder. Infolge von Mitteilungen über die Verwendung von Kantinengeldern im Felde, die er von Kriegerfrauen erhielt, hat sich der Frankfurter Reichstagsabgeordnete Dr. Quarck an den Staatssekretär des Reichs-Marineamts gewendet und von ihm dieser Tage folgenden Bescheid erhalten:"

Berlin, 10. Februar 1918.

„In Ihrem an das Kriegsministerium gerichteten Schreiben vom 1. November 1917 über Angelegenheiten bei den Mannschaftsklichen der Truppen usw. befindet sich unter anderem auch eine die Marineverwaltung berührende Mitteilung über Zeichnung von Kantinengeld für Reichsanleihe bei der 4. Komp., 1. Batl., 3. Matrosenregiments.

Hierauf erhalten Sie die ergebene Mitteilung, daß die Marineverwaltung die zinstragende Anlegung von Menage- und Kantinenersparnissen grundsätzlich für unzulässig erachtet, weil derartige Gelder für ihre Zweckbestimmung flüssig bleiben müssen. Die Dienststellen sind im Sinne der vorstehenden Ausführungen bereits mehrfach verständigt worden."

Damit hat die Reichsmarineverwaltung eine klare und unzweideutige Entscheidung im Interesse der Mannschaften getroffen, die hoffentlich allen Uebelständen und Mißverständnissen bei der Verwendung von Kantinengeldern ein Ende macht.

Millionen für die Kartoffelbauern. Im Verlaufe der „Großen Landwirtschaftswoche" tagte in der Philharmonie in Berlin ein „Deutscher Kartoffeltag". In seinem Referate über „Die Kartoffel in und nach dem Kriege" führte Landtagsabg. Zamy u. a. aus: Die Landwirtschaft hat Recht behalten mit ihrer Prophezeiung, daß die Kartoffel einmal das Vaterland erretten würde . . . Es wäre zu einer Katastrophe gekommen, wenn der Himmel uns nicht unverdient eine gute Ernte geschenkt hätte. Jetzt endlich hat das Reich zur Förderung der wichtigsten Feldfrucht — 150 000 Mk. bewilligt. Hier gehörten Millionen! Es ist beschämend, daß der deutsche Kartoffelbau um solche Summen vor Geheimratstüren betteln muß! (Lebhafte Zustimmung.) Abg. Zamy ließ seinen Ruf nach Millionen an alle ergehen, auch an die Industrie, die doch ein brennendes Interesse an einer guten und ausreichenden Ernährung ihrer Kräfte hat. Solches Geld, das der Förderung der Züchtung, der Erforschung der Krankheiten usw. dient, ist wahrlich gut angelegt. Nach dem Kriege aber werden dem deutschen Kartoffelbau schwere Gefahren drohen: hohe Löhne und Arbeitermangel. Demgegenüber seien jetzt die maßgebenden Stellen unterrichtet worden über die wichtigsten Erfordernisse für den Kartoffelbau. Vor allem gilt es Sicherung von Arbeitskräften, besonders für die Ernte. Dem muß das Arbeiterrecht Rechnung tragen. Streikrecht für ländliche Arbeiter gefährdet die Ernte. (Lebhafter Beifall.) Bekeilgung der Schuljugend an der Kartoffelernte, Rekrutenzuteilung, Erntekommandos, Förderung der Verwendung leistungsfähiger Maschinen, Heranziehung fremder Saisonarbeiter. Weiter: ausreichender Zollschutz für Kartoffeln und Kartoffelfabrikate zur Erhaltung des Inlandsmarktes. Förderung des Inlandsverbrauchs. Dauernde Verwendung von Kartoffeln für die Brotbereitung. Beseitigung aller Verwendungsbeschränkungen für die Kartoffel als Nahrungsmittel. Niedrige Frachttarife. Weitgehende Aufklärung, beginnend im Schulunterricht, über die Kartoffeln, staatliche Zuschüsse für Lagerhäuser, ein Institut zur Erforschung des Wertes der Hauptnahrungsmittel, sowie zur Kartoffelforschung. Begünstigung technisch verwertbarer Erzeugnisse. Landtagsabg. Zamy meint, daß es nach dem Kriege vielleicht zu schwerem Kampfe zwischen Verbrauchern und Erzeugern kommen werde. Dann müßte der Kartoffelbau einig sein, um sein Dasein zu verteidigen. Nach dem Bericht der Kreuzzeitung haben diese Forderungen den „stürmischen Beifall" der anwesenden Kartoffelbauern gefunden. Die Forderungen selbst sprechen für sich. Auch eine Versammlung der Zuckerrüben-Interessenten ist abgehalten worden. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurden Vorschläge und Forderungen zur Hebung des Zuckerrübenbaues aufgestellt, u. a. wurde gefordert: „Es ist sofort ein Mindestpreis für Zuckerrüben festzusetzen, wenn ein starker Rückgang des Rübenbaues verhütet werden soll. Der Rübenbau muß mindestens 75 Prozent von dem für Kartoffeln festzusetzenden Preise betragen. Die Festsetzung des Rübenpreises geschieht im Interesse vermehrter Zuckererzeugung am besten schon im Herbst, damit die Felder entsprechend für die Rüben vorbereitet werden können."

Zentrum und Wahlreform. Die Baugewerkschaft, das Blatt des christlichen Bauarbeiterverbandes, widmet in ihrer Nummer 4 dem Kampf um die preußische Wahlreform einen Leitartikel. Darin finden sich diese sehr zutreffenden Sätze:

„Die Vertreter jener bürgerlichen Fraktionen, die bei Wahlen die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen forderten, haben sich die Verhinderung jeder Reform ruhig gefallen lassen. Nachdem jetzt das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht auf Preußen übertragen werden soll, merkt man auch warum, weil eben weite Kreise dieser Fraktionen auf einem anderen Standpunkt stehen. Sie ließen sich aus agitatorischen Gründen die bequeme Wahlparole der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen gefallen. Als es Ernst damit wurde, entdeckten sie ihr wahres Herz."

Das ist ein vernichtendes Urteil über die Wahlrechtspolitik der Zentrumspartei, die in der Tat sich nur zu wahlagitatorischen Zwecken der Forderung des gleichen Wahlrechts bediente, zu dessen Erreichung aber nicht nur nie etwas Ernstliches getan, sondern im Gegenteil den konservativen Volksfeinden Handlangerdienste bei der Verhinderung auch der bescheidensten Wahlreform geleistet hat. Die christlichen Gewerkschafter haben bis vor kurzem die sozialdemokratische Wahlrechtsbewegung nicht nur nicht unterstützt, sie haben auch nicht in der gebotenen Weise auf die ihnen nahestehenden Parteien eingewirkt, um sie zugunsten einer gründlichen Wahlreform anzutreiben. Aber jetzt wollen sie sich bessern: Wie schon andere christliche Blätter vorher versichert die Baugewerkschaft, daß man für das gleiche Wahlrecht werde „zu kämpfen wissen"; über das gleiche Wahlrecht gebe es „kein Feilschen und kein Handeln" und, das betone sie noch einmal: „die christlich-nationale Arbeiterschaft steht geschlossen hinter dieser Forderung".

Ausbau des Hausarbeitsgesetzes. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat in Gemeinschaft mit anderen wirtschaftlichen Organisationen eine Eingabe an Bundesrat und Reichstag gerichtet, die den Ausbau des Hausarbeitsgesetzes fordert. Es wird darauf hingewiesen, daß die Heimarbeit nach dem Kriege infolge des Zustromes von Kriegsbeschädigten eine erhebliche Ausdehnung erfahren wird. Das vom Reichstag 1911 beschlossene Hausarbeitsgesetz ist heute noch immer nicht in allen seinen Teilen durchgeführt. Verlangt wird insbesondere die Umwandlung der Fachausschüsse in Lohnämter. Um aber auch der drohenden Arbeitslosigkeit nach dem Kriege zu begegnen, muß eine planmäßige Verteilung der öffentlichen Aufträge, insbesondere der Heeresaufträge, unter gleichberechtigter Mitwirkung der Arbeitgeber und Arbeiter der betreffenden Gewerbezweige in die Wege geleitet werden. Hierbei sind die alten Sitze der Heimarbeit besonders zu berücksichtigen. Die Schaffung gemeinnütziger Näh stuben unter Vermeidung unnötiger Zersplitterung ist in die Wege zu leiten. Als unabweisbare Notwendigkeit wird es bezeichnet, die obligatorische Krankenversicherung der Heimarbeiter in vollem Umfang wieder einzuführen. Ebenso muß durch Bundesratsverordnung, oder ganz allgemein durch Gesetz, die Invalidenversicherung der Heimarbeiter auf alle Hausgewerbetreibenden ausgedehnt werden. Diese Forderung ist durchaus nicht neu, sie ist schon seit langen Jahren immer wieder aufgestellt worden, bisher aber nur teilweise in Erfüllung gegangen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß eine Versicherung gegen die Folgen der Invalidität und des Alters für die Hausgewerbetreibenden mindestens ebenso wichtig ist, wie für die industriellen Arbeiter, ja daß sie für die erste Gruppe vielleicht noch notwendiger sein dürfte wie für die andere. Die sich entgegenstellenden Schwierigkeiten müssen zu überwinden sein, und es werden sich bei gutem Willen zweifellos auch die richtigen Wege finden lassen, um diese gewiß berechtigte Forderung der Hausgewerbetreibenden erfüllen zu können.

Der „gediegene" Reichsverbandskalender. Auf eine Anfrage der Abgg. Spiegel und Scheidemann hat Staatssekretär Walkraf die folgende Antwort erteilt:

„Es ist zutreffend, daß der Landrat des Landkreises Düsseldorf den industriellen Werken seines Kreises einen vom Reichsverbande gegen die Sozialdemokratie herausgegebenen Volkskalender zur Verteilung an die Arbeiter empfohlen hat. Diese Empfehlung hat jedoch eine parteipolitische Stellungnahme nicht zugrunde gelegen. Der Landrat hat alljährlich einen nationalen Volkskalender empfohlen und in diesem Jahre den vom Reichsverbande herausgegebenen lediglich im Hinblick auf die sachliche Gediegenheit seines Inhalts gewählt. Aus den gleichen sachlichen Gründen hat der Landrat zuvor eine von sozialdemokratischer Seite herausgegebene Flugschrift zur Verbreitung empfohlen. Grundsätzlich erscheint es indessen in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung der preußischen Staatsregierung nicht erwünscht, daß von einer Staatsbehörde Veröffentlichungen verbreitet oder zur Verteilung empfohlen werden, die, sei es nach Inhalt, sei es nach Ursprung, einen ausgesprochen parteipolitischen Charakter haben. Die in Frage kommenden Dienststellen sind entsprechend benachrichtigt worden."

Schweiz.

Der Generalstreik abgelehnt. Die Leitung des schweizerischen Gewerkschaftsbundes hatte die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der schweizerischen Bundesversammlung, die Vorstände der Gewerkschaftsverbände und der lokalen Arbeiterunion zu einer außerordentlichen Konferenz ins Volkshaus nach Olten eingeladen, um die politische Lage in der Schweiz zu besprechen und die Richtlinien der Arbeiterschaft festzulegen. In Anbetracht der ernsten Situation waren die Geladenen nahezu vollzählig erschienen, nur die Vertreter aus der Westschweiz, sowohl die Mitglieder der Nationalratsfraktion wie auch die Vertreter der Gewerkschaften und der lokalen Arbeiterunion, waren abwesend, weil sie nicht gemeinsam mit der deutschsprechenden Schweiz vorgehen. Es wurde den Erschienenen zunächst ein kurzes Resümee über die gegenwärtige politische Lage der Schweiz gegeben, in welchem mitgeteilt wurde, daß der Bundesrat den ursprünglichen Entwurf über die Einführung der Zivildienstpflicht zurückgezogen habe und auch den neuen Entwurf, der eine wesentliche Milderung des ersten Entwurfes bedeutet hätte, nicht mehr aufrecht erhalte. Dieses Verhalten des Bundesrats wird als ein Erfolg der entschiedenen Stellungnahme der organisierten Arbeiterschaft bezeichnet. In längerer Debatte kam dann das neue Truppenaufgebot des Bundesrats zur Sprache, das von einzelnen Rednern, namentlich den Vertretern der Holzarbeiter, als eine Provokation der Arbeiterschaft bezeichnet wurde, die mit dem Generalstreik beantwortet werden sollte. Der Generalstreik fand aber bei der Versammlung keine günstige Aufnahme; allgemein war die Ansicht, daß die schweizerische Arbeiterschaft für einen Generalstreik nicht zu gewinnen sei und daß der Generalstreik eine schwere Niederlage für die sozialdemokratische Arbeiterschaft bedeuten würde. Selbst die sehr radikalen Führer, wie Grimm, Platten und andere, sprachen sich entschieden gegen den Generalstreik aus, so daß hierüber eine Abstimmung gar nicht nötig wurde. Der Versammlung wurde eine ziemlich umfangreiche Resolution vorgelegt, in welcher zunächst gegen das Militäraufgebot der 12. Brigade Einspruch erhoben wird, weil dadurch 6000 Männer der Landwirtschaft voraussichtlich auf längere Zeit entzogen werden. Der Arbeiterschaft wird dringend empfohlen, kaltes Blut gegenüber dem Militäraufgebot zu bewahren und sich nicht zu unüberlegten Handlungen hinreißen zu lassen. In der Versammlung wurde noch Kenntnis gegeben, daß die zu den Meliorationsarbeiten in Niederwenigen (Aargau) aufgebotenen Deserteure in den Streik getreten seien und sich trotz der angedrohten Verhaftung aller renitenten Deserteure weigerten, die Arbeit aufzunehmen. Die Versammlung nahm stillschweigend von dieser Mitteilung Kenntnis, ohne irgendwelche Beschlüsse zu deren Gunsten zu fassen.

Parteinachrichten.

Aus einer unabhängigen Hochburg. Einen sehr erfreulichen Aufschwung hat unser neues Parteiblatt in Düsseldorf genommen. Wie es in seiner Nr. 3 vom Sonnabend den 16. d. M. mitteilt, wurden von der zweiten Nummer des Blattes allein 10 000 Exemplare im Straßenhandel umgesetzt. Dazu kommt noch die ständig wachsende Zahl der festen Abonnenten in Düsseldorf und im Felde, ferner die Zeitungen, die an die Nachbarwahlkreise abgegeben werden, so daß das neue Blatt schon jetzt auf eine sehr respektable Leserzahl blicken kann. Die Aufwärtsentwicklung der Düsseldorfer Freien Presse ist aber noch keineswegs abgeschlossen, denn ständig laufen beim Verlage neue Bestellungen ein, in erfreulich großer Zahl auch aus dem Felde. Das gibt die Berechtigung zu der Hoffnung, daß die seit der Parteispaltung unleidlichen Verhältnisse in der Düsseldorfer Parteibewegung wieder gesunden werden.

Die Forderungen des französischen Sozialistenkongresses. Der französische Sozialistenkongreß nahm eine Tagesordnung an, in der die Rückgabe der deutschen Kolonien, die Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen, sowie der Verzicht Italiens auf das Ostufer der Adria verlangt wird. — Das ist zweifellos ein Fortschritt in der Haltung der französischen Genossen. Besonders das Zugeständnis einer Abstimmung in Elsaß-Lothringen deutet auf einen Meinungsumschwung hin. Bisher wollten sie davon nichts wissen und redeten sie nur immer von der „bedingungslosen Herstellung eines angeblichen Rechtes". Wir verzeichnen das für die weitere Entwicklung der Ansichten zur allgemeinen Vernunft in der französischen Partei mit Genugtuung.

Gewerkschaftliches.

Immer weiter der Krise entgegen. Mit dem Konflikt in der sozialdemokratischen Parteibewegung geht es wie mit einer Krankheit; sie breitet sich aus, erhebt sich zur Krise, bevor eine Gesundung möglich ist. So hat jetzt in Stuttgart eine Versammlung der „Unabhängigen" die Zerrüttung der Gewerkschaftsbewegung proklamiert. Sie nahm nach einer Aussprache, die zwei Abende ausfüllte, mit 64 gegen 6 Stimmen folgenden Antrag Rück an:

„Die heutige Mitgliederversammlung des Unabhängigen Sozialdemokratischen Vereins sieht die politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisation als notwendigen Rahmen der kommenden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit an. Die Versammlung beauftragt die Vorleitung, die nötigen Schritte zu unternehmen, um von diesem Standpunkt aus eine furchtbare Tätigkeit der Parteigenossen zu ermöglichen."

Ein zweiter, mit 53 gegen 47 Stimmen angenommener Antrag lautet:

„Eine 7 Mitglieder starke Kommission ist zu wählen, welche die Vorarbeiten in Stuttgart in die Hand nimmt, zur Gründung einer neuen gewerkschaftlichen Kampforganisation."

Ein langer Kommentar zu diesen Beschlüssen ist unnötig. Jeder Gewerkschaftler kann ihn sich selbst geben. Die Stuttgarter Unabhängigen proklamieren hier den Bruderkampf auch in der Gewerkschaftsbewegung. Die damit eingeleitete Spaltung und Zerrüttung der Gewerkschaften müßte für die Arbeiter die verhängnisvollsten Folgen nach sich ziehen, weil sie sich dadurch zur Ohnmacht gegenüber dem im Kriege gewaltig erstarkten Kapital verurteilen würden. Diesem geradezu gewissenlosen Treiben, das in seinen Folgen den schlimmsten Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse bedeutet, wird der gesunde Sinn der Arbeiter einen Damm entgegensetzen.

Eine Fabrikdirektion, die ihre Arbeiterschaft zur Arbeitsniederlegung auffordert. Der Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands teilt verschiedenen bürgerlichen Blättern mit, daß die Direktion der Pulverfabrik Rottweil im Verlaufe des letzten halben Jahres zweimal ihre Arbeiterschaft zum Streik aufgefordert hat. Zunächst geschah dies durch eine briefliche Mitteilung an die Verbandsleitung und in den letzten Tagen durch Fabrikanschlag. Der äußere Anlaß war die Anrufung des Schlichtungsausschusses durch den Arbeiterausschuß. Die Fabrikleitung suchte zunächst durch Drohungen mit Produktionseinschränkungen oder vollständiger Stillegung des Betriebes die Anrufung des Schlichtungsausschusses zu hintertreiben. Nachdem der Schlichtungsausschuß durch Schiedsspruch einen Teil der Arbeiterforderungen, in erster Linie leicht durchführbare, bessere ärztliche Hilfe als berechtigt anerkannte, lehnte die Pulverfabrik den Schiedsspruch ab und forderte die Arbeiterschaft durch Fabrikanschlag zur Arbeitsniederlegung auf. — Soweit die Mitteilungen der christlichen Gewerkschaft, die jedenfalls noch kein klares Bild geben. Es wäre doch die höchste Frivolität, wenn Unternehmer den Arbeitern zumuteten wagten, zu streiken, weil der Schlichtungsausschuß zu deren Gunsten entschieden hat. Das wäre auch ein schlechtes Zeugnis für die christlichen Gewerkschaften, weil daraus hervorginge, was ihnen die Unternehmer alles zutrauen. Die Münch. Post bemerkt: Im übrigen wäre das aber nicht der einzige Fall, wo den Fabrikanten ein Ausstand nicht ganz unerwünscht war. Wenn die große Abrechnung kommt, wird es über diesen Punkt einige überraschende Aufklärungen geben!

Lokales.

Rüstringen, 21. Februar.

Vom Leid der Mütter.

Zu den wahrhaft Kriegsbeschädigten dieser Zeit vergesse man nicht die Mütter zu zählen, die man, verhüllt in tiefem Trauerflor, durch die Straßen wandeln sieht. Ihnen fehlt, so gut wie dem Einbeinigen, dem Einarmigen, Fleisch von ihrem Fleisch und Blut von ihrem Blut. Viele mühen sich, ihr Opfer hinter einem Lächeln zu verbergen, ganz starke Mütter, verehrungswürdige . . . Andere wieder tragen ihren Gram nackt durch das Leben, in einem erstarrten Jammer; diese Frauen sind wie Bäume, denen man die Aeste abgehauen hat: kahl und trostlos starren sie zum Himmel, den sie nicht verstehen. Wie sie's auch tragen: Heldenmütter sind sie alle. Und wahrlich, sehr fern und fremd ist uns das Idealbild jener Griechenmutter, die, als man ihr die Nachricht vom Heldentod ihrer Söhne brachte, ausrief: Dies ist der schönste Tag meines Lebens!

Nie wohl mögen Frauen den Segen reicher Mutterschaft so innig dankbar empfunden haben, wie in dieser Zeit, die das Menschenleben verschleudert, als wäre es Ramsch. Aber wehe den Müttern, die mit ihrem einzigen alles verlieren. Gab man einen hin und hat das Haus noch voll aufwachsenden, blühenden Lebens, ist's zu ertragen. Unfaßbar aber ist die Tragik der Mütter, die aufgehört haben, Mütter zu sein: diese Hekuba deren Mutterschaft ausgeronnen ist wie der rote Lebensquell eines Verblutenden.

Ob die Mütter, die geopfert haben, weil sie opfern mußten, wissen, wofür ihr Herzblut mit dem Blut des Sohnes auf dem Schlachtfeld dahinfloß? Es hieße das Mysterium der Mutterschaft schmählich verflachen, wollte man einfach annehmen, daß eine Mutter sich bei einer billigen politischen Phraseologie beruhigt. Die Seele der Aufgewühlten hat keinen Raum für

Landesbibliothek Oldenburg

Allerweltlogik. Der Schmerz einer Mutter dringt tiefer, als der nüchtern politisierende Verstand des Mannes. Und da mag es in ihrer Seele aufschreien: Warum ist dieser Krieg? Da mag ihr seine ganze ungeheure Unfaßbarkeit aufgehen, und sie ahnt vielleicht, daß der Krieg dem Weibe das Schwerste, Unerhörteste zumutet. Nichts ist ihr, der Gebärerin, furchtbarer, unbegreiflicher, als das große Vernichten. Je echter, tiefer, weiblicher ein Weib fühlt, um so mehr muß es den Krieg verabscheuen. Es gibt für sie letzten Endes kein Argument, das ihn rechtfertigt. Der Krieg ist für sie schlechthin das Fremde, Feindliche; in diesem Gefühl sind auch alle Mütter der Welt einig.

Es war die Rede von Müttern, die aufgehört haben, es zu sein, weil auf dem Schlachtfeld blieb, was sie besaßen. Das Auge gleitet nur zu willig von diesem düsteren Anblick zu den werdenden Müttern. Dort ist Vergangenheit, hier Zukunft, dort steh ein entlaubter Baum im Herbst, hier blüht einer im Frühling. Sie haben es nicht leicht, die werdenden Mütter, sie tragen ihre Frucht einer Welt entgegen, die lichtlos ist. Fern weilt der Mann, oder ist nicht mehr. Aber um des Kindes willen muß die Frau heitere Ruhe bewahren, daß das Ungeborene nicht für der Mutter Leid büße. Und ist dann das Wesen ans Licht gebracht, beginnt die endlose Kette kleiner, äußerender Alltagssorgen, die diese künstlich verarmte Welt nicht genug besitzt, um auch nur das kleinste Menschenkind mühelos aufzunehmen — angefangen vom Bezugsschein für jede Windel bis zum Kindermehl, das es jetzt nicht gibt. Und dennoch: jede werdende Mutter trägt jetzt die Verheißung einer besseren Zukunft in sich. Das Geschlecht, das in diesen Kriegsjahren geboren ward, wird vielleicht erfüllt sein von den inneren Erfahrungen des Mutterleids.

Und dann ist da die Riesenzahl der Wesen, die noch nicht Mütter sind und es vielleicht nie sein werden . . . Denn vielen ist der Mann geraubt, der für sie bestimmt war. Lediglich bleiben wird eines jener Kriegsschicksale sein, das auch nach dem Kriege noch weiter wirken wird. Die Zahl der kräftigsten, heiratsfähigen Männer ist stark vermindert. Statistiken mögen erstellen, wieviel Mädchen ledig, wieviel Kinder ungeboren bleiben müssen und welcher Verlust daraus der Volkskraft in Zukunft erwächst. Wenn man bedenkt, daß alle Gefallenen zwischen 18 und 38 Jahren nur zwei Kinder gezeugt hätten, so ergibt das einen ungeheuren Abgang im Geburtenkonto. Wie gedenken die Bevölkerungspolitiker diese Verluste wieder einzubringen? Erleichterung der Heiratsmöglichkeit ist der einzige Weg; treffend faßt der Reichstagsabgeordnete David die Voraussetzung aller reformerischen Bestrebungen zur Steigerung der Geburtenzahl in dieser Formel zusammen: „Man sorge dafür, daß alle, die Kinder haben wollen, sie haben können."

Mutterschaft und Krieg — sie stehen zueinander wie keimende Saat und Hagelschauer. Aber das Werdende ringt sich durch „trotz Tod und Tränen". Und wäre nicht die Mutter, wo gäb's eine Verheißung und Gewähr, daß die Welt durch die Vernichtung hindurch einer besseren Zukunft entgegengeht?

*

Aufgefundene Wasserleiche. Heute morgen wurde im Kanal, in der Nähe des Schlachthofes, die Leiche einer älteren Frau gefunden. Die Persönlichkeit der Toten konnte bisher nicht festgestellt werden. Die Tote trägt eine goldene Armbanduhr und zwei Ringe. Etwaige Angaben über die Persönlichkeit der Toten sind der Behörde zu machen.

Die A.-B.-C.-Schützen müssen am Mittwoch den 27. Febr., nachmittags von 2 bis 4 Uhr, bei den Hauptlehrern angemeldet werden.

Auf dem Polizeiamt, Bismarckstraße 158, ist ein kleiner schwarzer Pinscher als zugelaufen angemeldet. Der Eigentümer kann seine Ansprüche dort geltend machen.

Unterbrechung der Weitergabe von Zahlungen an Gefangene in Rußland. Die Deutsche Bank teilt mit, daß ihr mit Rücksicht auf die Zustände in Rußland und angesichts der vollständigen Unterbrechung des Postverkehrs zu ihrem lebhaften Bedauern augenblicklich die Weitergabe von Zahlungen an Kriegsgefangene und Zivilgefangene in Rußland unmöglich ist. Wegen Zahlungen an Gefangene in der Ukraine hofft die Deutsche Bank demnächst weitere Mitteilungen machen zu können.

Wilhelmshaven, 21. Februar.

Butter- und Zuckerkarten. Auf die heutige Bekanntmachung des Lebensmittelamtes, wonach die für die Zeit vom 20. bis 28. Februar gültigen Butter- und Zuckerkarten bereits bis spätestens Sonnabend den 23. d. M. eingelöst werden müssen, machen wir besonders aufmerksam. Eine Belieferung nach diesem Termin kann nicht erfolgen. Soweit uns mitgeteilt, ist die Frühereiegung des Termins notwendig geworden, um eine allgemeine Bestandaufnahme vornehmen zu können.

Vorträge, Theater, Konzerte und sonstige Veranstaltungen.

Wohltätigkeits-Vorstellung im Parkhaus.

Gestern abend veranstaltete die 6. Kompagnie der 2. Marr.-Division zum Besten der hiesigen Kriegslazarette eine Wohltätigkeits-Vorstellung. Die Spielfolge umfaßte 12 Nummern und wurde im wesentlichen von Angehörigen der Kompagnie bestritten. Die Art der Darbietungen waren im wesentlichen unterhaltender Natur. Das ausverkaufte Haus sah Hoch- und Parterre-Akrobaten, eine Musterriege am Reck, Marmor- und Bronzeplastiken, Exzentric-Clowns, Humoristen, Hamburger Typen, Kraftakte eines Athethen und schließlich Georg Mandt mit einigen gut ausgeführten telepathischen Experimenten. Die gebotenen Vorführungen fanden vielen Beifall, besonders das Auftreten der bekannten bayerischen Sängerin Fritzi Welser. — Die Vorstellung wird am 27. Februar zum Besten der Wilhelmshavener und Rüstringer Kriegshilfe wiederholt.

Aus aller Welt.

Gasexplosion in einem Stahlwerk. Auf dem Stahlwerk Mark in Deese (Westfalen) hat sich eine Gasexplosion ereignet, wobei sieben Personen schwer verletzt wurden.

Zwei Kinder durch eine explodierende Granate getötet. In dem märkischen Orte Säpzig hatte ein 14jähriger Knabe auf dem Felde eine Granate gefunden, die wahrscheinlich von einer militärischen Schießübung herrührte. Auf dem elterlichen Grundstück spielte er dann damit und wollte in Gegenwart dreier anderer Kinder das Geschoß näher untersuchen. Dabei entfiel ihm die Granate und explodierte. Der Knabe und ein Mädchen wurden auf der Stelle getötet und ihre Körper zerrissen. Ein anderer Knabe und ein Mädchen erlitten sehr schwere Verletzungen und liegen im Sonnenberger Johanniterkrankenhause in fast hoffnungslosem Zustande darnieder.

Sechs Kinder Bränden zum Opfer gefallen. Aus Schiessen melden die Blätter: Ein schweres Brandunglück ereignete sich am Sonnabend in der an der Bahnlinie Schweidnitz—Zobten gelegenen Ortschaft Groß-Merzdorf. In einem Arbeiterwohnhause waren, während alle Erwachsenen auswärts auf Arbeit weilten, vier Kinder einer polnischen Arbeiterfamilie in einer Stube eingeschlossen. Dort haben sie anscheinend Streichhölzer erlangt und im Bett damit gespielt, wobei sie das Bett in Brand setzten. Erst als der Qualm aus der brennenden Wohnung drang, wurden Ortsbewohner aufmerksam und sprengten Tür und Fenster. In der vollständig von Qualm erfüllten Stube lagen alle vier Kinder in einer Ecke zusammengedrückt im Todeskampfe und starben bald darauf. — Zwei Menschenleben forderte ein Feuer, das in einem Wohnhause auf dem Marticke schen Gute in Bernsdorf auskam. Die in einer verschlossenen Wohnung zurückgebliebenen beiden Kinder einer Arbeiterfamilie hatten anscheinend mit Streichhölzern gespielt und dabei die Betten angezündet. Als die Eltern heimkehrten, fanden sie Teile der Wohnungseinrichtung angebrannt und die beiden Kinder, welche im Alter von 2 und 4 Jahren standen, erstickt auf der Diele liegen.

9390 Mark Geldstrafe. Der Käsereibesitzer Hechenbleikner in Augsburg hatte aus seinem Betriebe in großen Mengen Butter und Käse zu Wucherpreisen nach Solingen und anderen rheinischen Industrieorten ausgeführt. Die Strafkammer Augsburg verurteilte ihn deshalb, wie gemeldet wird, zu 8390 Mark, seine Frau zu 1000 Mark Geldstrafe, außerdem wurde über Hechenbleitner eine Gefängnisstrafe von vier Wochen verhängt, weil er versucht hatte, einen Beamten der Käseverteilungsstelle zu bestechen.

Wirtschaftliches.

„Notleidende Industrien". Zu den Industrien, deren „Notlage" von den Interessenten fortwährend und laut in die Welt hinausposaunt wird, gehören die Zündholzfabriken. Tatsächlich haben die Unternehmer es auch durchgesetzt, daß sie auf Kosten der Konsumenten die Preise für ihre oft sehr minderwertigen Erzeugnisse ganz gewaltig in die Höhe schrauben durften. Wie es mit der Notlage in der Zündholzindustrie steht, beweist der Rechnungsabschluß der Vereinigten Zündholz- und Wachsfabriken Union in Augsburg, einer der größten Betriebe auf diesem Gebiet in Deutschland. Die Gesellschaft verdiente 1917 nach Abzug der gesetzlichen Sonderrücklage zur Kriegsgewinnsteuer, nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen einen Reingewinn von 849 648 Mark und ist in der Lage, die Dividende von 25 auf 30 Prozent zu erhöhen. Außerdem werden noch 468 336 Mark auf neue Rechnung vorgetragen. — Eine ähnliche „notleidende" Industrie ist die Nähfadenfabrikation. Die Preise für Zwirn und Nähfäden sind ins Fabelhafte gestiegen, angeblich deshalb, weil die Produktionskosten außerordentlich hohe geworden sind. In Wirklichkeit kommen die Unternehmer nicht bloß auf ihre Rechnung, sondern sie können auch noch einen erheblichen Extra-Kriegsgewinn buchen, wie aus dem Geschäftsabschluß für 1917 der Zwirnerei- und Nähfadenfabrik Göggingen bei Augsburg hervorgeht. Nach sehr reichlichen Rückstellungen und Abschreibungen verzeichnet das Unternehmen einen Reingewinn von 747 490 Mark, wozu noch 1 085 599 Mark Vortrag kommen. Wie im Vorjahre, werden auch heuer 30 Prozent Dividende ausgeschüttet, 1 233 080 Mark gegen als Vortrag auf neue Rechnung. — Wie hieraus ersichtlich, kommen auch die „notleidenden" Industrien auf ihre Rechnung. Es wäre übrigens ein unvollständiges Bild, wollten wir nicht erwähnen, daß in den beiden genannten Betrieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse weit unter dem ortsüblichen Durchschnitt bleiben.

Zur Fortführung des Mittellandkanals. In ihrer letzten Vollversammlung beschloß die Handelskammer Hildesheim, sich für Weiterführung des Mittellandkanals von Hannover-Misburg bis zur Elbe, und zwar für die neuerdings von Professor O. Franzius-Hannover vorgeschlagene sogenannte Mittellinie auszusprechen. Diese neue Linie führt in ihrem westlichen Teile, ähnlich wie die früher vorgeschlagene Südlinie, bis nach Peine, dann nördlich an Braunschweig vorbei, um dann in ihrem weiteren Verlauf auf einer großen Strecke, ähnlich wie die früher vorgeschlagene Nordlinie, zu verlaufen. Sie weicht bei Magdeburg wieder von der Nordlinie ab, um den Hafen Rotensee direkt an den Mittellandkanal anzuschließen und von dort einen Uebergang über die Elbe vermittels einer großen Kanalbrücke an das Netz der märkischen Wasserstraßen zu ermöglichen. Das mitteldeutsche Gebiet soll hier durch einen Kanal nach Bernburg an die Mittellinie angeschlossen und auch der Weg für die Erbauung des Nederschen Nordsüd-Kanals nach Hamburg und Lübeck offengehalten werden. Die Mittellinie verfolgt somit die Aufgabe, die Hauptvorteile der Nord- und Südlinie zu wahren, ohne ihre Nachteile mit in den Kauf zu nehmen. Es werden auf der einen Seite die Stichkanäle nach Peine und Braunschweig durch den direkten Anschluß dieser Städte entbehrlich, auf der andern Seite wird der große Umweg vermieden, den die Südlinie auf ihrem Wege durch das große Bruch machen muß. Der Stichkanal nach Hildesheim ist auch in diesem Projekt beibehalten. Er beginnt bei 7,7 Kilometer des Hauptkanals, verläuft zuerst geradlinig nach Südwesten bis westlich von Oesselse, macht hier eine kleine Biegung, setzt dann aber die frühere Richtung fort. Er umgeht die Höhe östlich von Sarstedt und Ahrbergen westlich liegen, Großförste und Hasede werden östlich umgangen. Von da ab liegt die Linie bis Hildesheim im Tale der Innerste, wobei das hannoversche Stadtgut Steuerwald von dem Kanal durchschnitten wird.

Arbeiter, agitiert für Eure Zeitung!

Letzte Telegramme.

Der Schlag im Osten.

Rowno besetzt. — Unübersehbare Beute an Kriegsgerät.

(W. T. B.) Großes Hauptquartier, 21. Febr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppen des Generalfeldmarschalls Kronprinzen Rupprecht von Bayern und des deutschen Kronprinzen: Vielfach Artillerie- und Minenwerferkampf. Ein Vorstoß in den Argonnen hatte Erfolg.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg: An der lothringischen Front war die Kampftätigkeit in vielen Abschnitten zwischen der Selle und Plaine gesteigert. Starke französische Abteilungen griffen am Abend unsere Stellungen bei Moncel, Rechicourt und Moncourt an. An einzelnen Stellen drang der Feind ein. Unsere Infanterie warf ihn im Gegenstoß wieder hinaus und machte eine große Anzahl Gefangener.

Südöstlich von Markirch brachten Sturmtrupps von einer Erkundung Gefangene zurück.

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe des Generals v. Eichhorn: Von der Insel Moon aus sind unsere Regimenter nach Ueberschreiten des zugefrorenen Sundes in Esthland eingerückt und haben Leal besetzt.

Im Vormarsch am Rigaischen Meerbusen entlang wurde Pernigal und Lensal erreicht.

Bei Lensal kam es zu kurzem Kampf, in dem 500 Gefangene gemacht und 20 Geschütze erbeutet wurden. Wenden wurde durchschritten, unsere Truppen stehen östlich von Wolmar. Zwischen Dünaburg und Pinsk sind wir im Vormarsch nach Osten.

Heeresgruppe des Generalobersten von Linsingen: Die Bewegungen gehen vorwärts. An der ganzen Front wurden wichtige Bahn- und Straßenknotenpunkte besetzt. Rowno wurde vom Feinde gesäubert.

Die Beute läßt sich noch nicht annähernd übersehen.

Bisher wurden gemeldet: An Gefangenen: 1 kommandierender General, mehrere Divisionskommandeure, 425 Offiziere und 8700 Mann, an Beute: 1353 Geschütze, 120 Maschinengewehre, 4—5000 Fahrzeuge, Eisenbahnzüge mit etwa 1000 Wagen, vielfach mit Lebensmitteln beladen, Munition und sonstiges unübersehbares Kriegsgerät.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: v. Ludendorff.

*

23 000 Br.-R.-T. im Mittelmeer vernichtet.

(W. T. B.) Berlin, 21. Februar. (Amtlich.) Im westlichen Mittelmeere erzielten unsere Unterseeboote neue Erfolge gegen den italienischen Transportverkehr. 23 000 Br.-Reg.-Tonnen Handelsschiffsraum wurden von ihnen vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der italienische Dampfer Harlaw mit Kohlen von Marseille nach Livorno, die bewaffneten englischen Dampfer Newminster, Abbey (3114 Br.-Reg.-T.), Stretton (4406 Br.-Reg.-T.) und Celia (5004 Br.-Reg.-T.), Aboukir (3660 Br.-Reg.-T.) und der italienische Segler Volvania di Rio, dieser mit Kartoffeln nach Tunis. Vier von den versenkten Dampfern wurden aus einem und demselben Geleitzug, einer aus zahlreicher Bedeckung herausgeschossen. Von dem bewaffneten italienischen Dampfer Harlaw und von dem englischen Dampfer Aboukir wurden die Kapitäne als Gefangene eingebracht.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Eine amtliche österreichisch-ungarische Erklärung.

(W. T. B.) Wien, 21. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Der Rat der Volkskommissare hat die von den Vierbundmächten in Brest-Litowsk aufgestellten Friedensbedingungen ohne jeden Vorbehalt angenommen. Die hiermit erzielte neue Wendung im Osten ist ausschließlich dem ohne Zögern erfolgtem militärischen Vorgehen gegen die großrussische Front zu danken. Es ist selbstverständlich, daß diese militärischen Aktionen, welche bisher an der Front unternommen werden, in dem Einvernehmen der beiden Mittelmächte begründet waren. Wenn bisher nur das Vorgehen deutscher Truppen gemeldet wurde, so ergibt sich das aus der Tatsache, daß an den in Frage kommenden Punkten nur deutsche Streitkräfte liegen. Nördlich vom Pripjet stehen nur deutsche Truppen. Auch beiderseits der Bahn Kowel—Rowno waren zur Stunde des Einsetzens nur deutsche Truppen zur Verfügung. Das Eingreifen unserer Truppen hängt lediglich von der örtlichen Lage und der Kräftegruppierung ab.

England erkennt die Selbständigkeit der Ukraine nicht an.

(W. T. B.) Stockholm, 21. Februar. Ein Privattelegramm aus Petersburg meldet, daß die englische Regierung der Räteregierung mitgeteilt habe, daß sie die Ukraine als selbständigen Staat und auch den von ihr geschlossenen Frieden nicht anerkenne.

Die Lage auf Aaland.

(W. T. B.) Stockholm, 21. Febr. Die Lage in Aaland hat sich in den letzten Tagen immer stärker verschlimmert. Stockholms Dagblad erfährt, daß besonders nach dem Eintreffen von 500 Weißen Gardisten wesentliche Veränderungen eingetreten sind.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur: Oskar Hünlich. — Verlag von Paul Hug. — Rotationsdruck von Paul Hug & Co. in Rüstringen.

Landesbibliothek Oldenburg

Bekanntmachung.

Schüleranmeldung für die evangelischen und katholischen Volksschulen.

Diejenigen Lernanfänger, die bis zum 1. Mai 1917 das 6. Lebensjahr vollenden, sind am

Mittwoch den 27. März 1918

nachmittags von 2 bis 4 Uhr

in den Volksschulen bei den Hauptlehrern für die einzelnen Bezirke anzumelden. Geburts- und Impfschein sind vorzulegen, ebenso gegebenenfalls eine Bescheinigung über die erfolgte Taufe des Kindes.

Rüstringen, den 18. Februar 1918. 6754

Der Schulvorstand.

Dr. Kellerhoff.

Bekanntmachung.

Die Pferdebesitzer können vom Montag, den 25. Februar, ab in der Banter Mühle

90 Pfund Hafer oder Gerste

in Empfang nehmen. Diese Menge hat vom 25. Februar bis 27. März zu reichen.

Die Bezugskarten sind gegen Vorlegung der Futterbücher im Kriegsversorgungsamt, Rathaus Zedelinsstraße, am Montag in Empfang zu nehmen.

Rüstringen, den 21. Februar 1918. 6753

Kriegsversorgungsamt.

Heu und Stroh.

Diejenigen Pferdebesitzer, die noch Bedarf an Heu und Stroh bis zur neuen Ernte haben, wollen sich sofort unter Angabe der Höhe des Bedarfs mit Herrn R. Cornelßen hier in Verbindung setzen. Nach dem 1. März 1918 eingehende Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden.

Wilhelmshaven, den 21. Februar 1918.

Der Magistrat.

Zopff.

Bekanntmachung

Die auf die für die Zeit vom 20. bis 23. Februar gültigen

Butter- und Zuckerkarten

zustehenden Mengen müssen seitens der Verbraucher bis spätestens Sonnabend, d. 23. d. Mts., von dem Kaufmann, bei dem sie eingetragen sind, abgefordert werden.

Die Kaufleute haben uns die belieferten Bezugsabschnitte mit der vorgeschriebenen Aufstellung versehen, am Montag, d. 25. d. Mts., einzureichen. Spätere Abgabe zieht die Belieferung für die nächste Periode in Frage.

Wilhelmshaven, den 21. Februar 1918.

Städtisches Lebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Gemäß § 5 der Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle über Beschlagnahme der im Besitze von Althändlern und ähnlichen Gewerbetreibenden befindlichen gebrauchten Kleidungs- und Wäschestücke vom 29. 12. 1917 von uns mit Bekanntmachung vom 14. Januar 1918 veröffentlicht, wird hiermit angeordnet, daß die in dem Bezirk der Stadt Wilhelmshaven wohnhaften **Althändler und ähnliche Gewerbetreibende** uns bis **spätestens am 1. März ihre sämtlichen Bestände an Kleidungs- und Wäschestücken** schriftlich zu melden haben.

Wer die Meldung unterläßt oder falsche oder unrichtige Angaben macht, hat gemäß § 3 der Bundesratsverordnung über die Befugnisse der Reichsbekleidungsstelle vom 22. 3. 1917 Bestrafung mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen zu gewärtigen.

Wilhelmshaven, den 21. Februar 1918.

Städtisches Lebensmittelamt.

Schreib- und Handelslehranstalt

Peterstrasse 70. — **Rüstringen.** — Peterstrasse 70.
Anmeldestelle Mitscherlichstrasse 25. [6746

Schüler-Kurse. Am 1. März beginnen wir mit neuen Kursen f. Volksschüler etc. in Schönschnellschreiben, Rechnen, Deutsch, Maschinenschreiben Stenographie u. Briefstillehre. Auskunft in der Sprechstunde 5—7 Uhr. Sonntag Anmeldungen 12—4 Uhr

Sande - Sanderbusch.

Achtung!

Interessenten, die sich für Gründung eines Gartenbau- und Kleintierzucht-Vereins interessieren, werden gebeten, sich am **Sonnabend den 23. Febr.,** abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn **M. v. Busch** zu Sanderbusch recht zahlreich und pünktlich einzufinden zwecks näherer Besprechung. **Die Einberufer.**

Varieté Metropol.

— Täglich —

Spezialitätenprogramm!

Anfang 8 Uhr

„Sapoton"

Ersatz für Bimsteinseife.
Stück 12 Pfg.

Wenzels Seifengeschäfte

Volksküchen

Mellumstraße u. Ulmenstraße
Kaiserstr., Friederikenstr.
Bremer Str., Markthalle Bant

Aufforderung!

Der erkannte Finder, der heute (Donnerstag) vormittag einen in der Stadtkämmerei verlorenen 20 Mark-Schein aufgehoben hat, wird im eigenen Interesse aufgefordert denselben sofort abzugeben in der Expedition des Norddeutschen Volksblattes.

Zahle höchste Preise

für neue u. gebrauchte **Möbel** sowie ganze Hausstände.

Gerh. Janssen, Wilhelmsh.,
Querstr. 12, Ecke Kieler Str.

R. Winter

Färberei und chem. Waschanstalt
Rüstringen, Peterstrasse 59

Varieté und Kabarett

METROPOL

Direktion: W. C. Lübcke
Wilhelmshavener Straße 35.

Freitag den 22. Februar:

Große Wohltätigkeits-Vorstellung und Konzert!

zum Besten der Krieger-Waisenkinder!

Das große Varieté-Programm unter Mitwirkung des Sänger-Chors der II. Bau-Division 2. Abteilung, sowie im Kabarett Metropol Elite-Konzert des Damen-Orchesters „Sophie" und des Sänger-Chors der II. Bau-Division 2. Abteilung.

Kassenöffnung 7.30 Uhr, Anfang 8 Uhr abends.
Eintrittspreis 50 Pf. und 1 Mk.

Um die gute Sache zu fördern, bittet um rege Beteiligung an der Veranstaltung

Dir. W. C. Lübcke.

Kriegswohlfahrtsspiele im Parkhaus.

Sonnabend den 23. Februar
Abends 8.15 Uhr:

Sherlok Holmes

Detektivkomödie i. 4 Akten nach Conan Doyle von A. Bozenhard.

Sonntag den 24. Februar
nachmittags 4 Uhr zu ermässigten Preisen:

Die Schmetterlings-Schlacht.

abends 8.15 Uhr:

Sherlok Holmes.

Karten zu 3, 2, 1 Mk. und 50 Pf. sind zu haben in Lohses Buchhandlung, Roonstr., und Niemeyers Zigarren-Geschäft, Ecke Göker- und Bismarckstrasse. 6696

Die Karten zur Sonntag-Nachmittagsvorstellung sind nur bei Niemeyer zu haben.

Preise der Plätze ausschliesslich Lustbarkeitssteuer.

Siebethsburger Heim

Siebethsburg, Stöttebecker- u. Edo-Wiemken-Str.

Lotterie

zum Besten der Rüstringer Kriegshilfe
Ziehung 15. April 1918.

Preis des Loses 1.00 Mk.

Lose sind zu haben bei allen Sammlern des Hilfsvereins und in vielen Geschäften Rüstringens.

Der Lotterie zugedachte Spenden bitte abzugeben an H. Nathenstedt, Rüstr., Peterstr. 69.

Mein Sprechtag im Hof v. Oldenburg in Jever

am Sonnabend den 23. Februar **fällt aus.** Nächster Sprechtag am Sonnabend den 2. März cr.

Dr. jur. Lüerssen, Rechtsanwalt

Rüstringen, Gökerstrasse 66, I. 6756

Wohltätigkeits-Vorstellung im Parkhaus

Infolge ausverkauften Hauses konnten zahlreiche Gäste am 20. Februar keine Karten erhalten. Es findet deshalb auf vielseitigen Wunsch

Mittwoch, 27. Februar 1918

eine nochmalige Aufführung mit dem gleichen reichhaltigen Spezialitäten-Programm statt. — Der Reinertrag dieser Vorstellung wird zugeführt der

Wilhelmshav.-Rüstringer Kriegshilfe

Anfang 8 Uhr, Kassenöffn. 7 Uhr, Ende 10½ Uhr. Karten zu Mk. 3.00, 2.00, 1.25, 0.50 an der Abendkasse sowie im Vorverkauf bei **Niemeyer,** Zigarren-Geschäft, Ecke Göker- und Bismarckstraße, und der 6. Kompagnie II. Matrosen-Division.

100 Mk. Belohnung!

Am Sonntag nachmittag sind mir durch Einbruch in mein Geschäftslokal 2 Fahrräder gestohlen worden und zwar

1 Marine-Rad neu (Fabrikat Mars) mit Adler-Freilaufnabe, schwarzen Felgen und **Drahtpneumatik 26×1½,** woran die Maschine leicht erkenntlich ist,

1 Marine-Rad fast neu, Fabrikat Mars, mit feilich vernickelten Felgen, **Drahtpneumatik 23×1½,** Torpedofreilauf, gelben Holzkotbschützern, Sattel mit Widlederbezug.

Auf Herbeischaffung der Räder obige Belohnung.

Georg Besser, Fahrradhandl.,
Bismarckstr. 66, Fernruf 177. 6690

Sozialdem. Wahlverein

Rüstringen-Wilhelmshaven.

Sonnabend, den 23. Februar, abends 8.30 Uhr
im **Edelweiß,** Börsenstraße:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Fortsetzung der Diskussion über „Die Sozialdemokratie in der Gemeindevertretung".
2. Bericht über die letzte Ausschußsitzung.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht 6729

Der Einberufer (J. Meyer).

Todes-Anzeige.

Gestern abend entschlief sanft nach längerem, geduldig ertragenem Leiden mein geliebter, guter Mann, unserer Kinder liebevoll sorgender Vater, unser geliebter Bruder, Schwager und Onkel, der

Bäckermeister

Alex Reith

im 51. Lebensjahre. In tiefster Trauer

Wilhelmshaven, den 21. Februar 1918

Frau Martha Reith.

Beerdigung am 25. Febr., 3½ Uhr, Trauerandacht im Hause um 3 Uhr.

Beileidsbesuche dankend abgelehnt. (6757

Todes-Anzeige.

Am 20. Februar, morgens 7½ Uhr, entschlief sanft und ruhig nach langem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden meine innigstgeliebte Frau, meiner beiden unmündigen Kinder treusorgende Mutter, unsere gute Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Marie Ricklefs, geb. Riedel

In tiefer Trauer:

Georg Ricklefs nebst Kindern
Ww. **Gesine Riedel,** geb. Harms, Mutter
Herm. Ricklefs nebst Frau
Friedrich Meyer nebst Frau u. Kindern
Herm. Riedel nebst Frau und Kindern
Ww. **Gretchen Riedel**
Theodor Ricklefs (z. Z. im Felde), nebst Frau und Kindern.

Rüstringen (Goethestr. 5, II l), 21. Febr. 1918.

Beerdigung am Sonnabend nachmittag 2½ Uhr vom Städt. Krankenhause aus auf dem Friedhofe in Aldenburg. 6751

Adler

Theater 6642

Gastspiel Kurt Bönk vom Metropol Theater Köln.

Heute
und folgende Tage:

Die ledige Ehefrau

Der bekannte rheinische Komiker **Peter Prang** als Gast.

Mittwoch u. Sonnabend nachmittag 3½ Uhr:
Groß. Kindervorstellung
Diese Woche:
Rotkäppchen u. d. Wolf
Ausstattungsmärchen.
Kleine Preise!

Bürgerverein Heppens

westl. Teil

sowie Sterbekasse.

Sonnabend, 23. Februar

General-Versammlung

im „Tivoli".

Tagesordnung:

1. Jahresabrechnung.
2. Vorstandswahl.
3. Kommunales.
4. Verschiedenes. [6755

Der Vorstand.

Eala frya Fresena.

Sonntag, 24. d. M.
abends 7 Uhr:

Familienabend

im Vereinslokale (G. Rath), wozu die Mitglieder mit ihren Damen herzlich eingeladen werden. **Der Vorstand.**

Varel.

Allgem. Ort-krankenkasse für die Stadtgemeinde Varel.

Freitag den 1. März 1918
abends 8½ Uhr:

Außerordentliche Ausschußsitzung

im Hof v. Oldenburg (Meyer)

Tagesordnung:

1. Erhöhung des Grundlohnes und
2. Diesbezügl. Aenderung der Satzung.

Die Ausschußmitglieder werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen [6741

Der Vorstand.
de Bries, Vorsitzender.

Grützmachers Speisehaus

Roonstraße Nr. 6.
Mittagstisch 12—2 Uhr.
Jeden Abend:
Warmes Abendessen.
Frisch gekochte Muscheln stets vorrätig. [6622

Volks-Theater

Dir. J. F. Feldhusen
Ecke Bremer u. Grenzstr.
Telephon 855.

Nur bis einschließlich **Donnerstag:**

Im Bahnwärterhaus.

Schauspiel in 4 Akten.

Freitag, Sonnabend, Sonntag:

Die geborgte Frau

Sonntag 3.30 Uhr Märchenvorstellung
Die Puppenfee
Vorverkauf im Theaterrestaurant.

Landesbibliothek Oldenburg

Beilage.
32. Jahrg. Nr. 45.

Norddeutsches Volksblatt

Freitag, den 22. Februar 1918

Reichstag.

130. Sitzung. Mittwoch, 20. Februar, vorm. 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Paher, v. Kühlmann.

In der Diplomatenloge die gegenwärtig in Berlin weilenden Mitglieder der Ukrainischen Regierung.

Der Frieden mit der Ukraine.

Staatssekretär v. Kühlmann:

Der Frieden mit der Ukraine ist der erste Friedensschluß in diesem gewaltigsten aller Kriege. Als die ukrainischen Abgeordneten in Brest-Litowsk klar erkannt hatten, daß das Petersburger Kabinett seine aufrichtige Friedenspolitik trieb, haben sie freundschaftliche Beziehungen zu den Mittelmächten hergestellt. Die Verhandlungen mit ihnen waren nicht sehr leicht, denn es wurden unerfüllbare territoriale Forderungen gestellt. Wir haben uns darauf beschränkt, die Grenze nach Westen zu ziehen. Die Lösung hat

bei den Polen lebhafte Kritik

erfahren. Wenn aber an dieser Frage der Friedensschluß gescheitert wäre, würde die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes ein solches Verhalten der Unterhändler auf das schärfste mißbilligt haben. Die Grenzziehung im einzelnen haben wir der Regelung durch eine Kommission vorbehalten, in der auch **Polen vertreten sein wird.** Dort können die ethnographischen Verhältnisse und die Wünsche der Bevölkerung in weitestgehendem Maße berücksichtigt werden. Der Streit um die Cholmer Grenze bringt die Gefahr mit sich, daß die Auseinandersetzungen über diesen Friedensvertrag zu einer Erörterung des ganzen polnischen Zukunftsproblems werden. Dafür wird später Zeit und Gelegenheit genug vorhanden sein. Nächst den politischen Erwägungen hat auch die Erwägung bei Abschluß des Vertrages mitgewirkt, daß die Ukraine über wesentliche Vorräte an Brotgetreide und Futtermitteln verfügt. Sowohl für uns wie in erhöhtem Maße für die österreichisch-ungarische Monarchie bildet der Austausch der in der Ukraine vorhandenen Ueberschüsse an Getreide, Futtermitteln und Rohstoffen gegen bei uns und in Oesterreich vorhandene Industrieprodukte ein ganz vitales Interesse. (Reichskanzler Graf Hertling erscheint im Saal.) Der Abschluß dieses Vertrages braucht den Abschluß des Friedens mit der bolschewistischen Regierung durchaus nicht zu gefährden. Ja, er war vielleicht überhaupt das einzige Mittel, Herrn Trotzki zur Unterzeichnung eines befriedigenden Friedensvertrages zu bewegen. Mittlerweile sind neue Vorgänge eingetreten, welche für die Beziehungen mit Groß-Rußland, soweit es durch das bolschewistische Kabinett vertreten ist, von erheblichem Einfluß sein werden. Auf das erneute Vorgehen der deutschen Heere hat gestern das Volkskommissariat in Petersburg

einen Funkspruch an die deutsche Regierung

gerichtet, in welchem es nach einem einleitenden Passus über den Waffenstillstandsvertrag heißt:

„Der Rat der Volkskommissare sieht sich veranlaßt, in Anbetracht der geschaffenen Lage sein Einverständnis zu erklären, den Frieden unter den Bedingungen zu unterzeichnen, welche von den Delegationen des Vierbundes in Brest-Litowsk gestellt waren. (Lebhaftes Hört! Hört! — Bewegung.) Der Rat der Volkskommissare erklärt, daß die Antwort auf die von der deutschen Regierung gestellten genauen Bedingungen unverzüglich gegeben werden wird."

Diese durch Funkspruch ergangene Mitteilung stellt nach den früheren bösen Erfahrungen, die wir mit Funksprüchen gemacht haben, **kein für uns absolut verbindliches Dokument dar.** Wir haben der Petersburger Regierung mitgeteilt, wir hätten um eine schriftliche Bestätigung seines Inhalts an unsere Linie und haben eine Zusage erhalten. Damit haben wir den Frieden mit Rußland durchaus noch nicht in der Tasche. (Hört! Hört! und Sehr richtig!)

Ich würde einen solchen Eindruck hauptsächlich deswegen beklagen, weil ich der ehrlichen und aufrichtigen Friedensliebe des deutschen Volkes, welche von der Regierung in vollstem Maße geteilt wird, Enttäuschungen ersparen möchte. Die Aussichten auf Abschluß eines Friedens mit der Regierung der Volkskommissare sind durch Abschluß des Friedens mit der Ukraine und durch den von uns jetzt ausgeübten militärischen Druck und durch das Scheitern gewisser Hoffnungen, die man sich zweifellos in Petersburg gemacht hat (Sehr richtig), erheblich besser geworden. (Beifall.) Aber der Freude über das große Ergebnis eines wirklichen Friedensabschlusses mit Rußland wollen wir uns erst hingeben, wenn die Tinte unter den Dokumenten sitzt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Gröber (Z):

Wir danken der Regierung für diesen ersten Friedensvertrag. Hoffentlich folgen ihm bald andere Verträge mit Groß-Rußland und auch noch anderen Gegnern. Der Friede mit der Ukraine ist die Durchbrechung des eisernen Ringes, der bisher Deutschland und seine Verbündeten umschlossen hielt. Zunächst eine kurze Bemerkung zu der Form des Vertrages. In unserer Drucksache ist zu Beginn als Vertreter für die kaiserl. deutsche Regierung nur Herr v. Kühlmann genannt. Bei der Unterzeichnung tritt **aber**

als Vertreter der Deutschen Obersten Heeresleitung

Generalmajor Hoffmann hinzu. (Hört! hört!) Generalmajor Hoffmann hätte selbstverständlich als Vertreter der kaiserlichen Regierung den Vertrag mit unterzeichnen können, aber die Oberste Heeresleitung kann nicht als Kontrahent neben dem Bevollmächtigten der Regierung auftreten. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.) Die Bezirke mit überwiegend polnischer Bevölkerung hätte man besser zu Polen geschlagen, während umgekehrt Bezirke mit überwiegender ukrainischer Bevölkerung zur Ukraine gehören sollten. Es ist ein Fehler, daß man nicht gleich polnische Vertreter zugezogen hat, um so mehr, als man in Brest-Litowsk als ersten Grundsatz das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufgestellt hat. (Beifall.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Der Funkspruch, den uns Herr v. Kühlmann mitgeteilt hat, stellt uns vor eine ganz neue Situation. Es ist eine hoch erfreuliche Meldung, die da aus Petersburg gekommen ist, eine Meldung, die die zusammengesunkenen Hoffnungen auf Frieden mit Groß-Rußland wieder aufleben läßt. Zwar hat der Staatssekretär seine Mitteilung mit einem gewissen Skeptizismus begleitet, aber auch er meinte doch, die Friedensaussichten wären dadurch erheblich besser geworden. Unsere Pflicht muß es sein, dafür zu sorgen, daß diese Hoffnungen nicht von neuem zusammenbrechen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir halten es auch nicht für richtig, daß man die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen in Brest-Litowsk nur auf der russischen Seite sehen will. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Hört! Hört! und lautes Lachen rechts.) Es ist gut, wenn wir der Wahrheit ins Gesicht sehen und dafür sorgen, daß bei weiteren Verhandlungen

nicht wieder dieselben Fehler

begangen werden. Das Ziel, das es zu erreichen gilt, ist so hoch und wertvoll, daß, wenn es nicht erreicht wird, wir nicht in dem Gefühl dastehen dürfen, als hätten wir nicht unsere volle Schuldigkeit getan. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Verfahren, mit dem man in Brest-Litowsk das Selbstbestimmungsrecht durchführen wollte, haben wir nicht in allen Punkten für richtig gehalten. Wir hoffen, daß in Zukunft nicht wieder dieselben Schwierigkeiten unnötig gemacht werden. In der alldeutschen konservativen Presse hat man die Schuld am Scheitern der Verhandlungen darin gefunden, daß Trotzki und die russische Delegation ernstlich gar keinen Frieden, sondern die Sache nur verschleppen wollten. (Sehr wahr! rechts.) Wie unrichtig das ist, beweist der Funkspruch. (Lautes Gelächter rechts.) Ich werde den Beweis dafür antreten. Sie sind der Meinung, daß das militärische Vorgehen der alleinige und durchschlagende Grund ist, die Bolschewiki zum Frieden zu drängen' glauben also, daß sie vorher nicht den Frieden wollten. (Sehr richtig rechts. — Zuruf: Die Revolution wollten sie!) Das ist unrichtig. (Lachen rechts!) Ich muß dem entgegentreten, um zu verhindern, daß man nicht von neuem sich in diese ganz falsche Auffassung verrennt und dadurch dem Frieden Schwierigkeiten bereitet, die nicht notwendig wären. Was ist die Politik der Bolschewisten gewesen? (Zuruf rechts: Mord und Totschlag!) Es ist richtig, daß ihre Theorie auf die Hervorrufung einer internationalen Revolution ausging. (Hört! hört! rechts.) Es ist aber auch bekannt, daß die Bolschewisten in der ganzen sozialistischen Internationale damit in einer kleinen verzweifelten Minderheit geblieben sind und daß sie uns deutsche Sozialdemokraten ganz besonders scharf angegriffen haben, weil wir nicht bereit waren, auf diese Taktik einzugehen, die wir für verkehrt und aussichtslos hielten. Wir haben also gar keinen Grund, die Bolschewisten etwa in Schutz zu nehmen. Es sind nicht unsere Leute, sie haben uns im Gegenteil stets auf das schärfste und „rücksichtslosest" angegriffen. Wir billigen auch nicht ihr praktisch politisches Verfahren, ihre Methoden der Verwaltung, den Terror, ihre Ausweisungstreibung der Konsulnunte, aber es kommt darauf an, die Tatsachen richtig zu sehen, denn nur darauf kann eine richtige Politik aufgebaut werden. Welches sind diese Tatsachen? Welches ist der praktische Wesenskern der Politik der Maximalisten in Petersburg? Darauf kommt es an. Die Bolschewisten sind die einzige Partei in Rußland gewesen, die

das Programm des sofortigen Friedens,

wenn nicht mit, dann gegen die Entente aufgestellt haben, und die einzige Partei, die das praktische Programm des Sonderfriedens mit den Mittelmächten aufzustellen wagten. Mit diesem Programm des sofortigen Friedens haben sie die Massen in Rußland hinter sich gebracht. Mit dem Programm der internationalen proletarischen Revolution hätten die Bolschewisten in Rußland keinen Hund hinter dem Ofen hervorgelockt. Die Gegner der Bolschewisten in Rußland haben sie zunächst ausgelacht: ihr wollt einen demokratischen Frieden mit den Zentralmächten, das gibt es gar nicht. Aber als dann die Bolschewisten ihr Friedensangebot hinausgehen ließen, kam von Oesterreich und Deutschland die Antwort: Jawohl, wir akzeptieren dies Programm als diskutable Grundlage des Friedens. Diese Nachricht wurde in Rußland auf der einen Seite mit größtem Staunen, und auf der anderen Seite mit größtem Jubel aufgenommen. Ein englischer Berichterstatter schrieb damals: Wir sind aufs höchste überrascht durch dies Entgegenkommen, das ist ein ungeheurer Erfolg der Bolschewisten. Und als dann am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk die weitergehenden Erklärungen vom Grafen Czernin abgegeben wurden, steigerte sich der Jubel in Petersburg noch mehr. Die Bolschewisten luden das Proletariat Petersburgs zu einer großen Jubel- und Friedensfeier auf den 30. Dezember ein. Wenn die Bolschewisten den Frieden nicht wollten, warum jubelten sie dann, als der Frieden in greifbare Nähe rückte? Als dann freilich die Erklärungen vom 27. Dezember bekannt wurden, gab es

eine ungeheure Enttäuschung und Wut

bei den Bolschewisten und großes Frohlocken bei ihren Gegnern. Hätten Sie (nach rechts) recht mit Ihrer Auffassung, daß die Bolschewisten nicht den Frieden, sondern die Verschleppung der Verhandlungen und die proletarische Revolution gewollt hätten, so hätten die Bolschewisten am 25. Dezember trauern und am 28. frohlocken müssen. Die Erklärungen vom 28. Dezember in Brest-Litowsk lieferten der Politik derer Wasser auf die Mühlen, die die internationale Revolution haben wollten. Das beweist auch die Stellungnahme der Gegner der Bolschewisten in Petersburg. Also die Bolschewisten wollten einen sofortigen Frieden, aber natürlich einen demokratischen Frieden. Das gab ihnen die Rückendeckung für alles, was der Friede Rußland eventuell an Verlust von Land bringen konnte. Nun begreifen Sie, wie der 28. Dezember auf die Situation in Brest-Litowsk wirken mußte. Die Bolschewisten mußten alles daran setzen, einen Frieden zu bekommen, bei dem sie das demokratische Gesicht wahren konnten. Daher ihr zäher Kampf. Sie hatten zwei Möglichkeiten: entweder einen Notfrieden zu schlucken, weil sie nicht weiter kämpfen konnten, oder auf den Ausbruch der revolutionären Bewegung bei den Mittelmächten zu rechnen. Dieser letzte Gedanke trat natürlich wieder neu in den Vordergrund, nachdem der Friedensgedanke geschwunden war. Soweit Radek seinen Einfluß ausüben konnte, haben auch wohl Verschleppungstendenzen mit hineingespielt. Aber es ist ganz falsch, von da aus die Politik der Bolschewisten verstehen zu wollen. Trotzki hat offenbar bis zuletzt an dem Gedanken des Sonderfriedens festgehalten und hat sicher auch seine Schlußerklärung als eine Friedenserklärung gemeint. Unsere deutsche Delegation in Brest-Litowsk scheint ja anfangs auch die Erklärung der Russen im Sinne aufgefaßt zu haben, daß damit der Krieg im Osten beendet sei. So wurde die Nachricht bei uns auch aufgefaßt, Fahnen wurden herausgehängt, Schulferien veranstaltet, in verschiedenen Städten die Glocken geläutet. Dann kam aber in Deutschland offenbar unter militärischem Einfluß eine andere Anschauung auf. Man wollte die Situation militärisch möglichst auszunutzen. Die konservative alldeutsche Presse hat darüber gejubelt. Ihr Standpunkt, der Waffenstillstand sei erledigt und brauche nicht geklündigt zu werden, ist anfangs auch von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" bekämpft worden. Auch hier trat ein Wandel ein. Ich halte die anfängliche Auffassung für richtig. Der Waffenstillstand konnte sein Ende finden entweder durch den Frieden oder durch die vorgesehene siebentägige Kündigung. So hat auch die russische Regierung dies aufgefaßt, wie der Funkspruch beweist, in dessen Eingang es heißt, daß die russische Regierung nicht annehmen konnte, daß die militärischen Feindseligkeiten sofort eröffnet werden würden, sondern der Meinung war, der Waffenstillstand bestehe noch und damit sei die Möglichkeit für weitere Verhandlungen gegeben. (Hört! hört! b. d. Soz.) Das ist offenbar auch die Auffassung der österreichischen Regierung. Wir waren also in einer ganz verwickelten Situation, und es ist zu begrüßen, daß durch die erneute Friedensbereitschaft Rußlands nun der Weg geöffnet wird, die Sache zum Guten zu führen. Freilich müssen gewisse Fehler auf unserer Seite vermieden werden. Wir dürfen ruhig annehmen, die russische Regierung will ehrlich den baldigen Frieden und wenn wir das auch wollen, so muß er zustande kommen. Geschieht es nicht, so wird man fragen:

Wen trifft die Verantwortung?

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unsere erste Pflicht ist, wie gesagt, den Frieden herbeizuführen. Die Alldeutschen jubeln stets, wenn eine Friedensmöglichkeit zerschellt. Ihre Presse schrieb, **man müsse es Gott auf den Knien danken,** daß die Eingänder unser Friedensangebot seinerzeit abgelehnt hätten. Also diese Leute danken Gott auf den Knien, daß das Massenmorden weiter geht. (Unruhe rechts. Zurufe: Unerhörte Entstellung!) Eine Presse, die so arbeitet, ist geradezu gemeingefährlich. (Lebh. Zustimmung links.) Wir sind es den Männern in den Schützengräben und den Frauen zu Hause schuldig, den Frieden sobald wie möglich herbeizuführen. Nach der neuen Bereitschaftserklärung der russischen Regierung sollten die neueingeleiteten militärischen Operationen zurückgenommen werden. Jedenfalls darf nicht der Anschein erweckt werden, als ob man in Groß-Rußland hineinmarschieren und dort etwa einen Regierungswechsel herbeiführen wolle. Das scheint man nämlich zu beabsichtigen. (Hört, hört! bei den Soz.) Schreibt doch die „Tägl. Rundschau", wir werden jetzt Rußland zu einer Regierung verhelfen, die den Frieden bringt. (Hört, hört!)

Was die Vorgänge in Finnland, Estland und Livland anlangt, so handelt es sich vor allem in Finnland nicht um nationale Gegensätze, sondern um die soziale Revolution innerhalb Finnlands. Es ist eine falsche Vorstellung, als ob eine Invasion von Rußland nach Finnland die Revolution gebracht hätte. Aehnlich liegen die Dinge in Estland und Livland. In der Ukraine dagegen steht offenbar die große Mehrheit des Volkes hinter den gemäßigten Sozialisten. Aus all diesen Gründen wird es für uns notwendig sein, unsere Sicherungen auf das Aeußerste zu beschränken und vor allem

jede Einmischung in die inneren russischen Verhältnisse zu vermeiden.

In der Ukraine müssen wir uns auf Sicherungen für den Abtransport des Getreides beschränken. In der Kritik des Vertrages mit der Ukraine schließe ich mich den Bemerkungen des Abg. Gröber über das Cholmer Gebiet vollkommen an. Die ganze deutsch-polnische Verständigungspolitik scheint zusammenzubrechen. Das muß verhütet werden. Nach einer Notiz der „Deutschen Tageszeitung" scheint es, **als ob die Oberste Heeresleitung hinter den annexionistischen Plänen der Alldeutschen** in bezug auf Polen steht. Hier liegt die Quelle der Zwiespältigkeit unserer ganzen Ostpolitik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Wesen der Militärpolitik ist eingestellt auf Gewalt; bei ihren Mitteln und Zielen befindet sie sich in **schroffem Gegensatz zu jeder Politik der Verständigung.** Sie kümmert sich nicht darum, was die Betroffenen über ihre Maßnahmen denken. Nach dem Grundsatz „Teile und Herrsche" bringt sie einen gegen den andern auf; dazu ist im Osten natürlich die beste Gelegenheit. Man scheint **einen neuen Balkan im großen** dort schaffen zu wollen. Im Gegensatz dazu wünschen wir geregelte Verhältnisse im Osten, mit denen sich jeder Teil zufrieden geben kann. Dann können natürlich nicht alle Wünsche restlos erfüllt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man kann die Ostfragen

nicht mit ostelbischen Mitteln und Methoden

lösen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Hier ist eine neue Zeit und sind neue Verhältnisse gekommen, die nur durch demokratische Politik gemeistert werden können; nicht durch einseitige Gewaltanwendung in einem „so will ichs, so befehl ichs", sondern durch Anbetrachtziehung aller Interessen können auf dem Wege vernünftigen Ausgleichs Zustände geschaffen werden, bei denen alle Beteiligten sich dauernd zufrieden geben. Nur so ist das große Kriegsziel im Osten zu erreichen: eine dauernde Befriedigung dieser gewaltigen Gebiete und Völkermassen, **eine dauernde politische und wirtschaftliche Annäherung zwischen Mittel- und Osteuropa.** Damit würde auch die Position geschaffen, die uns jede Sicherheit nach Westen gewährt für den Fall, daß England den Krieg fortsetzt oder nach dem Krieg in feindseliger Haltung gegen uns verharrte. Dieses Kriegsziel ist das einzige, das **im deutschen Interesse liegt und überragt weit** alle Einzelfragen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Sehda (Pole):

Gerade vom Zentrum hätte ich nicht erwartet, daß es diesem Friedensvertrag zustimmen wird, der den Grundsatz „keine Annexionen" auf das schwerste verletzt und **eine vierte Teilung Polens** ermöglicht. Die Zensur gestattet freilich nicht mitzuteilen, daß in Krakau und Lemberg bereits Blut geflossen ist wegen dieses Friedensvertrages. Der Redner verliest nun das von der Zensur unterdrückte

Manifest des polnischen Regentschaftsrats

an das Volk, worin gesagt wird, daß die Versprechungen der Zentralmächte sich als leere Worte erwiesen hätten und die neue Teilung als ein Akt der Gewalt gebrandmarkt wird. Der Redner bespricht eingehend die Cholmfrage und behauptet, daß dieses Gebiet nach Recht, Gerechtigkeit und Bevölkerung zu Polen gehöre. Die Okkupationsbehörden haben dort eine systematische ukrainische Propaganda durch galizische Ukrainer geduldet, man versprach den Leuten sogar Aufteilung des Herrenlandes, wenn sie sich als Ukrainer bekennen würden. (Pfui! bei den Polen.) Wir bitten Sie, diesem Friedensvertrag nicht zuzustimmen. (Zuruf bei den Nationalliberalen: Was denken Sie denn von uns? — Beifall bei den Polen.)

Abg. Dove (Vp.):

Diesem Wunsch werden wir nicht Folge leisten, denn wir sind uns bewußt, hier in der deutschen Volksvertretung zu sein. (Beifall.) Den bolschewistischen Funkspruch betrachten wir nicht so optimistisch wie Dr. David, denn wir wissen nicht, welche Macht hinter Trotzki und Radek steht. Aber hoffen wir das Beste und freuen wir uns, wenn aus der Verwüstung einzelne Inseln auftauchen, aus denen künftig Staatsgebilde werden können. Die Polen sollten nicht vergessen, daß die Zentralmächte erst den Grund zu ihrer Staatlichkeit gelegt haben. Für uns muß das Interesse des deutschen Nationalstaates maßgebend sein, wir können

keine weitere fremdnationale Belastung

brauchen. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir legen entschiedene Verwahrung dagegen ein, daß etwa unter dem militärischen Gesichtspunkt solche Annexionen erfolgen. Die Leitung der Verhandlungen darf nur bei dem uns verantwortlichen Reichskanzler liegen und nach dieser Richtung muß uns die Unterschrift der Obersten Heeresleitung unter dem Ukrainerfrieden sehr vorsichtig machen. Wir begreifen nicht, daß die Weststaaten in die dargebotene Hand nicht eingeschlagen haben, aber wir sehen auch in den Völkern des Westens die Friedensströmungen wachsen und erhoffen davon ein baldiges Ende des furchtbaren Krieges zum Gedeihen des gesamten Seins aller Völker. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Stresemann (natl.):

Wir danken Herrn v. Kühlmann für seine erfolgreiche Arbeit. Die Unterzeichnung auch durch General Hoffmann bedarf zwar noch der Aufklärung, aber die Formfrage ist von geringer Bedeutung, zumal der Inhalt allgemein gebilligt wird. Bei künftigen Friedensverhandlungen aber wünschen wir, daß das Deutsche

Landesbibliothek Oldenburg

Reich einheitlich verteilen sei und nicht einzelne Bundesstaaten besonders. (Zustimmung.) Dr. David wollte wohl ursprünglich eine andere Rede halten. Er war ganz befangen in der Kritik der deutschen Regierung. Das Selbstbestimmungsrecht widerspricht der sozialistischen Idee von gewaltigen Wirtschaftseinheiten. Die Bolschewiki nennen es eine bürgerliche und antirevolutionäre Erfindung, und erklären, es müsse nötigenfalls durch Waffengewalt gebrochen werden. Ein Maximalistenblatt erklärte, Finnland gehöre aus historisch-strategischen Gründen zu Rußland — also aus jenen Gründen, die man bei uns immer gleich als „Alldeutsche" bezeichnet. Trotzkis Auftreten war Friedensobstruktion, er horchte immerzu auf das Echo revolutionärer Bewegungen aus Berlin, Wien und Budapest. Frieden mit Rußland kann nur geschlossen werden unter folgenden Bedingungen: Räumung Estlands, Livlands und Finnlands, sofortige Freilassung aller von den Bolschewiki verhafteten Balten und Finnen und Anerkennung der Ukraine. Vorher dürfen wir unsere militärischen Maßnahmen nicht einstellen. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Die Worte, die der „Vorwärts" den deutschen Unterhändlern nach Brest-Litowsk mit auf den Weg gab, sie stünden dafür, daß sie mit dem Friedensschluß zurückkämen, so stärkte er ihre Haltung ebensowenig wie die heutige Rede Dr. Davids unsere Stellung gegenüber Trotzki gestärkt hat. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Es ist ganz unberechtigt, wenn von den Freunden einer Verständigung mit einem großen starken Rußland der deutschen Regierung ein Vorwurf daraus gemacht wird, daß sie gerade zur rechten Zeit die Ukraine ausgespielt und dadurch erst Trotzkis heutiges Angebot hervorgerufen hat; wir haben doch nicht mehr das große gewaltige Rußland von einst. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wenn die Polen von einer vierten Teilung sprechen, so ist das übertrieben. In Oesterreich wäre

ein Minister gesteinigt

worden, der die Friedensmöglichkeit mit einem 30-Millionen-Volk daran hätte scheitern lassen, daß das Gouvernement Cholm bei Polen bleiben müsse. Was hat man denn polnischerseits getan, um sich ein Anrecht auf die deutsche Sympathie zu sichern? (Stürmische Zustimmung.) Der österreichische Polenklub verlangt die Loslösung deutscher Gebiete — ich habe keinen parlamentarischen Ausdruck dafür. (Erneute Zustimmung.) Jetzt heißt es, daß die polnischen Legionäre mit den Maximalisten unterhandeln; so weit geht unsere Geduld nicht, daß, wenn die Polen keine Armee für Deutschland gehabt haben, sie nun etwa eine gegen uns aufstellen! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.) Wir haben kein völkisches Interesse an einer Vermehrung polnischen Landes in Deutschland; sollte das als strategische Grenzsicherung notwendig sein, so nehmen wir es hin, aber nicht um Land zu gewinnen. Den Ukrainevertrag hat man bei uns auffallenderweise bedeutend kühler beurteilt als in Oesterreich. Man hat uns sogar das Recht bestritten, mit einem Staat wie der Ukraine, der doch keine rechten Grenzen hat, überhaupt einen Vertrag abzuschließen. Von diesen Theorien des Herrn Ledebour wird das deutsche Volk nicht satt, da ist uns das Getreide aus der Ukraine lieber. (Heiterkeit.) Rußland kann ohne die Ukraine nicht leben; daher ist auch seine jetzige Friedensbereitschaft angesichts der Gefahr der Abschnürung von Rußland durch unseren Vormarsch zu erklären. Die Abschlachtung der deutschen Bevölkerung in den baltischen Provinzen dürfen wir als Volk von Ehre nicht ruhig zulassen. (Lebhafte Zustimmung.) Im übrigen müssen wir uns bewußt bleiben, daß der Friede nur herbeigeführt wird durch das Schwert. So werden wir hoffentlich auch im Westen, wenn uns die Feinde zu der letzten großen Kraftanstrengung zwingen, durch den deutschen Sieg zu dem Frieden der Welt gelangen. (Lebhaftes Bravo! im Hause und Händeklatschen auf der Tribüne.)

Abg. Graf Westarp (k.):

Wir begrüßen den ukrainischen Vertrag. Die Ausführungen des Abg. Scheidemann entbehren unserer heutigen Ueberraschungen. Das ganze Vorgehen der Polen beweist einen großen Mangel an politischer Reife. (Sehr richtig rechts, Unruhe bei den Polen.) Ohne die Abtrennung des Cholmer Gebiets war der Frieden mit der Ukraine nicht zu haben. Daher ist es mir unverständlich, warum gerade die Sozialdemokraten die am entschiedensten den Frieden verlangten, jetzt so die polnischen Wünsche vertreten. Lebhaft zu begrüßen ist das Wiedereinsetzen der militärischen Aktionen im Osten, als sie notwendig wurden. (Bravo rechts.) Die Darstellung des Abg. David, als ob wir Gott auf den Knien dankten, wenn eine Friedensaussicht zerschellt, muß ich als unerhörte, gehässige Beleidigung zurückweisen. (Bravo rechts, große Unruhe bei den Soz. Zuruf: Sie haben am 12. Dezember 1916: „Skandal" gerufen!) Wir wollen genau wie Sie den Frieden. (Lachen bei den Soz.) Wenn Sie das Gegenteil behaupten, reden Sie gegen besseres Wissen. (Erneute Unruhe bei den Soz. Zuruf: Schamloser Geselle, Vizepräsident Dove ruft den Zwischenrufer zur Ordnung.) Uns trennen lediglich Meinungsverschiedenheiten über die Mittel, die zum Frieden führen. Die jetzt mit dem Untergang bedrohte uralte deutsche Kultur in den baltischen Provinzen zu retten, ist nur uns eine Pflicht der deutschen Ehre und der Menschlichkeit. Wir erwarten, daß von den Russen

die völlige Räumung auch von Estland und Livland

verlangt wird. Redner erörtert weiter die polnische Frage. Wir können jetzt nicht mehr darauf rechnen, daß jenseits der deutschen Ostgrenze ein Polenreich entsteht, das mit uns in wirklicher Freundschaft verbunden ist. Daher dürfen für unsere Stellung zu der polnischen Frage nur noch maßgebend sein die militärischen Sicherungen. In dieser Frage ist für uns das Urteil der Obersten Heeresleitung unbedingt maßgebend. (Bravo! rechts.) Kein Frieden wird im deutschen Volke Verständnis finden, der nicht wenigstens moralisch auch die Unterschriften von Hindenburg und Ludendorff trägt. (Beifall rechts.)

Abg. v. Halem (D. Fr.) begrüßt den Ukrainevertrag und wendet sich insbesondere gegen die polnischen Ansprüche.

Abg. Fürst Radziwill (Pole) weist die Vorwürfe des Grafen Westarp gegen die Polen zurück, die Polen haben in allen Kriegen für das Deutsche Reich geblutet.

Staatssekretär v. Kühlmann gibt Aufklärung darüber, weshalb General Hoffmann als Vertreter der Obersten Heeresleitung den Friedensvertrag unterzeichnet hat. Bei den vorbereitenden Erwägungen für die Zusammensetzung der Delegation für die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk war es dem Reichskanzler klar, daß in irgendeiner Weise die Vertretung der Obersten Heeresleitung bei den Verhandlungen geschaffen werden müßte. Das ergab sich schon aus der organischen Verknüpfung mit den Waffenstillstandsverhandlungen, bei denen die militärische Leitung im Vordergrunde stand. Diese Verknüpfung war so innig, daß die weitere Vertretung der Obersten Heeresleitung bei den Friedensverhandlungen, die sich unmittelbar anschlossen, als absolute Notwendigkeit erschien. Dazu kam die Tatsache, daß die Verhandlungen zu einer Zeit stattfanden, wo auf den anderen Fronten der Weltkrieg weiter tobte, und daß der Verhandlungsort, vom Sitz der Zentralregierung in Berlin und der Obersten Heeresleitung eine große räumliche Entfernung hatte. Deshalb erschien es unbedingt notwendig, einen Vertreter der Obersten Heeresleitung am Orte der Verhandlungen zu haben, der sofort die Stellungnahme der Obersten Heeresleitung zu der Frage geben konnte. Auf Vortrag des Reichskanzlers befahl der Kaiser, die Oberste Heeresleitung möchte auf den Verhandlungen in Brest-Litowsk durch einen bevollmächtigten Delegierten vertreten sein. Dieser Vertreter sollte im Einvernehmen, und nur im Einvernehmen mit dem politischen Leiter der Delegation an den Verhandlungen teilnehmen, und im Einvernehmen mit ihm in die Verhandlungen eingreifen, und auf allerhöchsten Befehl die wichtigsten Dokumente, welche als das Ergebnis dieses Vertrages erforderlich waren, unterzeichnen. Dieser Mechanismus hat sich gut bewährt. Uebrigens ist diese Abordnung, in der Form, in der General Hoffmann gewählt ist, nichts Neues. Bei den drei Friedenskonferenzen im Haag hatte der Kaiser zwei Delegierte der Armee und der Marine ernannt. Auch diese Herren waren damals nicht politische Bevollmächtigte im Sinne eines geschäftsführenden Unterhändlers.

Abg. Gröber (Ztr.): Es darf nicht die Meinung entreißen, als ob zum Abschluß eines Friedensvertrages immer ein Vertreter der Obersten Heeresleitung absolut notwendig sei.

Damit schließt die Aussprache.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Der Ukraine-Vertrag wird darauf dem Hauptausschuß übergeben.

Es folgt die Lesung eines Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und zur Verminderung der Geburten.

Abg. Wallraf: Die Gründe sind schon vielfach von Sachverständigen und von dem Sonderausschusse des Hauses behandelt worden, und es ist wohl jetzt die Zeit gekommen, aus dem Stadium der Beratung in das Reich der Taten überzugehen.

Abg. von Gelcker weist die Gesetzentwürfe dem Sonderausschusse für Bevölkerungspolitik zu. Beide Entwürfe beruhen in gewissem Sinne auf den bisherigen Arbeiten dieses Ausschusses. Bei Einzelheiten liegen Einzelarbeiten des Ausschusses vor.

Die Entwürfe zum Schutze für Mutter und Kind werden angenommen.

Die Verhandlungen werden auf Freitag 1 Uhr vertagt. (Antrag auf Haftentlassung des Abg. Dittmann, 2. und 3. Lesung des Ukrainevertrages, Bericht des Ausschusses über Militärfragen.)

Aus dem Lande.

Rezeptunfug.

Die Rezeptschriftsteller über noch immer ihr einträgliches Gewerbe aus und suchen durch geschickte Fragestellung neue Kunden zu fangen. „Brauchen Sie Zucker?" fragt das Laboratorium von R. Sonntag Nchf. in Leipzig-Gohlis, und schickt dem, der die Frage bejaht (wer wird sie heute nicht bejahen?) und außerdem 40 Pf. opfert, eine „Auskunft", in der mitgeteilt wird, daß sich aus Kartoffelschalen oder dem Stärkeabsatz, der sich im Waschwasser geschälter roher Kartoffeln findet, Stärke- und Traubenzucker bereiten läßt, und daß man Rohr- oder Rübenzucker aus Zuckerrüben gewinnen kann. Die „Auskunft" enthält nichts, was nicht in jedem Schulbuch zu finden wäre und was nicht jeder Primaner über die Zuckergewinnung zu sagen wüßte. Sechsmal aber wird in der „Auskunft" auf die „weiteren Erläuterungen in der Spezialanweisung" verwiesen, die man für 3,50 Mk. beziehen kann.

Für 1,50 bis 3 Mk. kann man sich dann noch in die Geheimnisse der Brotaufstrichfabrikation, der Mischung von Kaffee-Ersatzmitteln, der Bierbereitung, der Branntweinerzeugung einweihen lassen oder hinter die Kulissen der Tabakersatzhersteller gucken.

„Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen empfehle ich der Beachtung." — Damit wälzt Herr Sonntag von vornherein alle Verantwortung für etwaige Konflikte mit den Kriegsgesetzen ab. Es fragt sich aber, ob nicht die Leipziger Polizeibehörde, durch den Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen aufmerksam gemacht, zu der Ueberzeugung kommt, daß die Rezepte weniger wertvoll sind als der Verfasser anzunehmen scheint und ihm die weitere Veröffentlichung verbietet.

*

Brake. Die Steuerrolle der Stadtgemeinde Brake liegt vom 19. d. M. bis zum 4. n. M. einschließlich im Geschäftszimmer des Stadtmagistrats zur Einsicht der beteiligten Steuerpflichtigen aus. Die Einsicht ist jedem in der Rolle Verzeichneten in Bezug auf seine eigene Steuerveranlagung gestattet. Gegen das Ergebnis der Veranlagung steht den Steuerpflichtigen das Rechtsmittel des Einspruchs zu. Der Einspruch ist innerhalb einer Ausschlußfrist von drei Wochen, beginnend mit dem auf den Ablauf der Auslegungszeit folgenden Tage, bei dem Vorsitzenden des Schätzungsausschusses zu erheben, also spätestens am 25. März 1918.

Oldenburg. In der Nacht zum Mittwoch wurde, nach den Nachr. f. St. u. L., ein Einbruch verübt in das Weingeschäft des Hoflieferanten Wille an der Kaiserstraße. Der Einbrecher nahm seinen Weg durch ein Klosettfenster und versuchte dann in den Kontorräumen seine Kunst an dem Geldschrank, den er anbohrte und auch zum Teil öffnete. Jedenfalls ist er aber als Geldschrankknacker noch kein Meister gewesen; denn seine Kunst war den Räumen des Schrankes, die das Geld bergen, auf das er es bei seinem Diebstahl vornehmlich abgesehen hatte, nicht gewachsen und scheiterte an der Konstruktion und Festigkeit der Behältnisse. So mußte er denn auf Geldbeute verzichten und suchte sich mit Getränken zu entschädigen, die er aus den Lagerräumen teils auf einen benachbarten Hof in ein Versteck schaffte, zum anderen Teil aber mitnahm. Die versteckten Getränke wurden am anderen Morgen entdeckt und von der Polizei bewacht, in der Annahme, daß der Dieb sie bei günstiger Gelegenheit jedenfalls wegzuschaffen versuchen würde. Diese Annahme war richtig. Abends erschien der Dieb, um seine Beute zu holen. Dabei wurde er abgefaßt. Er stellte sich heraus als ein junger Bursche, der früher schon in dem Wilhelmschen Geschäft in Arbeit gestanden hatte und die Verhältnisse dort genau kannte. Da ihm angesichts der Lage ein Leugnen nichts zu nützen vermochte, gestand er den Diebstahl ein und wurde verhaftet.

Leer. Zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilte das Schöffengericht einen Butterhändler aus dem Kreise Leer. Der Angeklagte war Leiter einer Buttersammelstelle und hatte etwa 1300 Pfund Butter, die an ihn abgeliefert wurden, anderweit verwendet. Der Amtsanwalt hatte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten und eine Geldstrafe von 1000 Mk. beantragt. Die bisherige Unbescholtenheit des Verurteilten rettete ihn vor dem Gefängnis. — So entnehmen wir bürgerlichen Blättern die Mitteilung. Warum wird wohl der Name dieses „edlen" Menschenfreundes so schamhaft verschwiegen?

Jheringsfehn. Bei dem Landwirt Hermann Buß wurde in der Nacht zum Montag in eine Nebenschenne eingebrochen und ein Schaf abgeschlachtet. Als der Besitzer morgens nachsah, fand sich noch das Fell des Tieres vor, das Fleisch hatten die Diebe mitgenommen.

Verordnung.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851 und des Reichsgesetzes vom 11. 12. 1915, betreffend Aenderung dieses Gesetzes, bestimme ich hiermit im Interesse der öffentlichen Sicherheit für den Bereich der Stadt Varel:

§ 1.

Der Abschluß von Mietverträgen über Wohnungen, Räume und möblierte Zimmer in der Stadt Varel an Personen, die vor dem 1. 8. 1914 dort nicht im Besitze einer Wohnung waren, ist ohne Genehmigung verboten.

Zur Erteilung der Genehmigung wird der Bürgermeister der Stadt Varel ermächtigt.

§ 2.

Die Vermieter sind verpflichtet, bei Vermietungen sich den polizeilichen Ausweis über die erfolgte Anmeldung der Mieter vor Abschluß des Mietvertrages vorweisen zu lassen und die nach § 1 erforderliche Genehmigung selbst herbeizuführen oder durch den Mieter einholen zu lassen. Mietverträge, die ohne die erforderliche Genehmigung abgeschlossen werden, sind nichtig.

§ 3.

Unbewohnte oder leerstehende Wohnungen und andere Räume sowie Wohnräume, die z. Zt. nicht zu Wohnzwecken benutzt werden, können zwangsweise durch die Kommandantur zu Wohnzwecken in Anspruch genommen werden.

Die Inanspruchnahme erfolgt unter gleichzeitiger Festsetzung der zu zahlenden Miete.

Die bisherigen Inhaber der in Anspruch genommenen Räume sind verpflichtet, die Räume zur Benutzung durch die einzuweisenden Mieter oder Untermieter zur Verfügung zu stellen und, soweit erforderlich, frei zu machen, sowie für die Dauer der zwangsweisen Inanspruchnahme etwaige Aenderungen in den Räumen, die für die Verwendung zu Wohnzwecken erforderlich sind, zu dulden.

§ 4.

Verboten ist, die Genehmigung zum Abvermieten an Untermieter aus anderen als wichtigen, in der Person des Untermieters liegenden Gründen zu verweigern.

In Zweifelsfällen entscheidet der Bürgermeister der Stadt Varel über die Berechtigung zur Weigerung.

§ 5.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Beim Vorliegen mildernder Umstände kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

§ 6.

Diese Verordnung tritt mit der Veröffentlichung in Kraft.

Wilhelmshaven, den 18. Februar 1918. [6730

Der Festungskommandant.

Lehrzeugnisse
Lehrverträge
Kaufverträge
empfehlen
Paul Hug & Co.

Kaufe fortwährend neue u. gebrauchte Möbel, Betten, sowie ganze Hausstände u. zahle die höchsten Preise. W. Koch, Wilhelmshaven. Str. 86 [1329 Telephon 924.

Schortens.
Brennstoffverteilung.
Von der Gemeinde-Kohlenverteilungsstelle, Frau L. H. Hinrichs in Schortens, werden auf Kohlenkarten verteilt:
Freitag, den 22. Februar J., morgens 8—12 Uhr bei G. Warntjens Wirtshaus in Heidmühle Bezirk Ockenhausen Nr. 1—80, Heidmühle 1—100, nachmittags 2—6 Uhr Heidmühle 101 bis 295;
Sonnabend, den 23. Februar, morgens 8—12 Uhr bei Frau L. H. Hinrichs Schortens morgens 8—12 Uhr, Bezirk Ostiem 1—110, Schoost 1 bis 40, nachmittags 2 bis 6 Uhr Schortens Nr. 1—560.
Für Bezirk Roffhausen erfolgt die Verteilung bei der Verteilungsstelle W. Scharff, Roffhausen, am 23. Februar, vormittags 8—12 Uhr Nr. 1 bis 150.
Ausgegeben wird pro Haushaltung, die noch keine drei Zentner Brennstoff im Monat Februar erhalten hat, 1 Ztr. Briketts oder Steinkohlen; sofern das Quantum nicht reicht, werden 75 Pfd. Kohlen oder Briketts und 25 Pfd. Koks ausgegeben. Der Preis ist pro Zentner Kohlen 2,90 Mk., Briketts 2,25 Mk. und Koks 2,05 Mk.
Schortens, 19. Febr. 1918.
Die Kohlenkommission.
G. Gerdes. [6744

Die Sprechstunde
am Sonnabend, den 23. d. M., wird auf Montag, den 25. Februar, abends 6½—7½ Uhr, in Schröders Wirtshaus in Ostiem verlegt. [6745
Schortens, 19. Febr. 1918.
G. Gerdes, G.-B.

Gemeinde Ohmstede.
Ausgabe von Futtermitteln für Schweine Freitag für Wahnbeck, Apwege und Ipwegermoor, Montag für Donnerschwee und Nadorst
Hanken. [6724

Zu verkaufen
schönes neuzeitliches
Wohnhaus
auf preußischem Gebiet, in der Nähe des neuen Bahnhofs, mit 8 Proz. Verzinsung und festen Hypotheken. Kriegsanleihe wird in Zahlung genommen. Eine Wohnung kann sof. bezogen werden. Näheres durch
Anckt. Witte
Marktstr. 63, I.

Zu verkaufen
eine neue eiserne Bettstelle mit Patentfedern. [6749
E. Befoke, Kanalweg 17.

Zu kaufen gesucht ein gebrauchtes, starkes [6748
Herrenrad.
Budenbergs Buchhandlung

Es wird zum sofortigen Antritt ein Schreiber oder eine Schreiberin gesucht.
Meldungen mit Lebenslauf und Zeugnissen sind alsbald einzureichen.
Großherzogl. Amtsgericht, Abteilung I, Rüstringen.

Laufjunge
für die schulfreien Nachmittage für leichte Arbeit sofort gesucht.
Buchhandlg. Jockusch,
Göterstraße. [6750

Auf sofort oder zum 1. 3.
tüchtige zweite Verkäuferin gesucht!
Ernst Reith Nachflg.,
Zigarren-Spezialgeschäft
Göterstraße 22. [6747

Gesucht
jüngeres Mädchen od. ältere Frau für leichte Hausarbeit.
Lessingstraße 64, III. r.

Landesbibliothek Oldenburg